

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Copabienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. März 1931.

Verlag
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Freiheit, die sie meinen!

SPD. Die Gegner der Demokratie in Deutschland sind plötzlich zu ihren lautesten Verteidigern geworden. Die Wandlung ist über Nacht durch die Notverordnung hervorgerufen worden. Für die Leute Hitlers und ihren deutschnationalen Anhang gab es bisher nichts Verabscheuungswürdigeres und Erbärmlicheres als die deutsche Demokratie. Bisher war für sie die Demokratie die Quelle alles Übels und aller deutschen Leiden. Der Kampf der Rechtsradikalen galt dem demokratischen System. Ein echter Hitlermann sprach niemals von der deutschen Demokratie, ohne zugleich im selben Atemzug das Wort "Feindmächte" zu erwähnen, das aus dem Weltkrieg in den Sprachgebrauch der rechtsradikalen Agitation gegen die Demokratie übergegangen ist. Der Schrei nach dem Dritten Reich war der Wunsch nach der Vernichtung des demokratischen Staates und seiner Freiheiten. Man hat Beispiele dafür, wie das Staatsideal der Rechtsradikalen aussieht: keine Meinungsfreiheit, keine Pressfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, kein Koalitionsrecht, keine freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal.

Nun plötzlich geben sich die Rechtsradikalen den Anschein, als habe sich alles geändert. Die Notverordnung hat vorübergehend eine Reihe von Grundrechten ausser Kraft gesetzt, die wesentliche Bestandteile des demokratischen Systems sind. Und siehe da: ausgerechnet jene Organisationen und jene Presse, die am lärmendsten und wütendsten gegen die demokratische Freiheit gewütet haben, schreien jetzt laut über Vergewaltigung der deutschen Freiheit. Sie begeistern sich plötzlich für die demokratischen Grundrechte, sie geben die Behauptung auf, dass Demokratie eigentlich gleichbedeutend mit Landesverrat sei, dass sie ein undeutsches, westliches Produkt sei. Plötzlich sehen sie in diesen Grundrechten den Inbegriff der deutschen Freiheit. Die Wandlung ist gründlich, so gründlich, dass eine Erklärung der Vereinigten Vaterländischen Verbände die Ausserkraftsetzung dieser Grundrechte durch die Notverordnung mit der Anmerkung versieht: "Die Tributmächte werden sich freuen". Noch vor 48 Stunden konnte man von denselben Leuten hören, dass die Tributmächte entzückt davon seien, dass in Deutschland die Demokratie herrsche. Jetzt liest man es andersherum. Der Zweck ist ganz offenbar: die Führer der deutschen Republik müssen so oder so in eine Linie mit den Tributmächten gebracht und des Landesverrats verdächtigt werden.

Aber der Umschwung hat dabei nicht Halt gemacht. Die Herrschaften sind aus dem Reichstag herausgelaufen, und einer der ihnen hat ihn dabei höhnisch "eine Zwingburg gegen die deutsche Freiheit" genannt. Jetzt haben sie sich anders besonnen. Sie fordern die Einberufung des Reichstages, sie wollen plötzlich wieder ihre Sitze im Reichstag einnehmen, und die Zwingburg gegen die deutsche Freiheit aufsuchen. Was wollen sie im Reichstag? Sie meinen, dass die Zwingburg gegen die deutsche Freiheit die deutsche Freiheit wieder herstellen solle.

Diese äusserste Inkonsequenz, verbunden mit Heuchelei, ist durchaus nicht neu. Es war bisher immer die Taktik der Kommunisten, laut die Diktatur zu verherrlichen, zugleich aber über angebliche Vergewaltigung der Demokratie zu lärmern. Sie wollen die Demokratie - d.h., sie wollen sie missbrauchen, um sie zu erwürgen. Sie maskieren sich immer dann als Vorkämpfer der Demokratie, wenn der demokratische Staat sich gegen diktaturwütige Bürgerkriegstreiber energisch zur Wehr setzt. Gegen die abgrundtiefe Heuchelei der sogenannten nationalen Opposition mit ihrem Gelärm gegen die Notverordnung aber muss selbst diese kommunistische Taktik verbllassen!

Die Freiheit, die sie meinen, kennen wir zur Genüge. Die Morde von Hamburg zeigen deutlich genug, dass sie auf die Formel gebracht werden kann: "Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein". Eben wird in Berlin ein Prozess gegen Hitlerleute verhandelt, die in der Hebbelstrasse eine Gruppe von Arbeitern meuchlings überfallen und einen von ihnen mit dem Messer viehisch zugerichtet haben. Nicht die Freiheit der Meinung, sondern die Freiheit des Messers ist es, was sie tatsächlich unter deutscher Freiheit verstehen! Soll man reden von der Aera Frick in Thüringen, der Aera Franzen in Braunschweig, von jenem Regime des Terrors, der Ungesetzlichkeit, der Unterdrückung der verfassungstreuen Republikaner, das in der Glanzzeit der Kahr und Hitler in Bayern geherrscht hat? So wollen sie es haben! Sie lärmern, weil mit Hilfe der Notverordnung die Ausbreitung solcher Zustände über das ganze Deutsche Reich verhindert werden soll.

Die Methode der Verleumdung, der Hetze und der Verdächtigung tritt auch in den Protestaktionen der Rechtsradikalen gegen die Notverordnung hervor. Hitler hat erklärt, dass er vor dem Staatsgerichtshof klagen werde, um die Ungesetzlichkeit der Verordnung festzustellen. Eine solche Klage ist rechtlich vollkommen unsinnig und zwecklos, für Hitler und die Seinen hat sie jedoch ihren Zweck: es ist die Fortsetzung jener Agitation, die den Reichstag als ungesetzliche Körperschaft, seine Beschlüsse als rechtsungültig und alle Handlungen der verfassungsmässigen Regierung als Verfassungsbruch hinzustellen sucht! Diese Form der Agitation richtet sich jetzt mit voller Schärfe gegen den Reichspräsidenten. Die Politik der Giftpfeile, die namentlich die Organisationen und die Presse des Herrn Hugenberg gegen den Reichspräsidenten abschiessen, enthüllt ganz naiv, dass man in diesen Kreisen von dem Reichspräsidenten die Begünstigung des Treibens der Verfassungsfeinde, der Vorbereitung des Bürgerkriegs gefordert und erwartet hat. Die Vorwürfe, die die um Hugenberg jetzt aus dieser Gesinnung heraus gegen den Reichspräsidenten richten, schliessen die denkbar schwerste Beleidigung in sich, die man dem Reichspräsidenten antun konnte!

Hitler aber schwört jetzt wieder laut auf seine Legalität. Er befiehlt seinen Leuten strengste Beachtung der Notverordnung. Wir kennen diese Legalitätsrederei! Der Schwur des Herrn Hitler vor dem Reichsgericht hat weder die Bewaffnung seiner Anhänger, noch ihr terroristisches Treiben, noch ihre Mordtaten verhindert. Man ist nicht legal, man gibt sich nur den Anschein der Legalität. Kann dies besser enthüllt werden, als durch den Befehl Hitlers an seine Leute, legal zu sein? Man ist bei der Hitler-Partei nicht legal, weil es den Wesen der Partei entspricht, sondern nur, wenn es aus augenblicklichen Opportunitätsgründen vorübergehend so befohlen wird!

Das heuchlerische Geschrei der Rechtsradikalen, dass die deutsche Freiheit bedroht sei, wird nicht verdunkeln können, dass mit Hilfe der Notverordnung der Staat sich zur Wehr setzt gegen die Bürgerkriegsparteien, die die Freiheit morden wollen. Die Mörder der Freiheit aber haben kein Recht, sich über Beschränkung der Freiheit zu beklagen!

SPD. München, 31. März (Eig. Drahtb.)

Hitler tobt in seinem Blatt über die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politisches Rowdytum. In einem Aufruf nennt er sie den letzten Schlag der herrschenden Parteien gegen den Nationalsozialismus, eine grossangelegte Verfolgungsaktion, die nur gegen die Nationalsozialistische Partei gedacht sei. In ihr dokumentiere sich "der vollständige Zusammenbruch der Politik jener Männer, die durch ihr Wirken die ungeheure Not und Verzweiflung heraufbeschworen haben". Diejenigen, die diese Notverordnung gemacht haben, werden ausdrücklich als die Feinde Deutschlands bezeichnet. Mit Worten abstossender Scheinheiligkeit, die die ohnmächtige Wut nur schlecht verbergen, hüllt sich Hitler in einer besonderen Anordnung von neuem in den Mantel der Legalität und verfügt, dass alle Parteigenossen die Notverordnung auf das schärfste und genaueste einzuhalten haben. Der gesamte Parteiapparat werde ab sofort entsprechend den Vorschriften der Notverordnung eingestellt. Jeder Verletzung dieser Vorschriften sei mit allen Kräften vorzubeugen.

Der Aufruf schliesst mit den Worten: "Ich als Führer befehle es." Zur Bessänftigung derjenigen Hakenkreuzler, die die Legalitätsbetörung ihres Führers nicht ernst nehmen, verkündet Hitler schliesslich, dass er seine Juristenbeauftragten habe, gegen die Notverordnung mit einer Klage beim Staatsgerichtshof vorzugehen.

SPD. München, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Meldung des "Soz. Pressedienst", dass der "Völkische Beobachter" ab 1. April seine Berliner Ausgabe einstelle, wird von der Bayern-Ausgabe, für die ebenfalls Hitler als Herausgeber zeichnet, als unwahr bezeichnet. Wahr sei vielmehr, dass die Berliner Ausgabe im gleichen Umfange weiter erscheine.

Den bayerischen Hakenkreuzlern wird also die Erklärung des Berliner Verlags über den Wegfall der reichshauptstädtischen Ausgabe glatt unterschlagen. Sie werden mit offenkundigen Lügen über das Einschumpfen der Hitler-Plantage getäuscht!

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber einer amtlichen Münchener Erklärung zu einer Mitteilung aus Kreisen des Reichsministeriums des Innern zu einer Rede des bayerischen Justizministers Gürtner auf dem deutschnationalen Parteitag in Nürnberg ist folgendes festzustellen:

Die Grundgedanken, die in der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verwirklicht wurden, sind in der Konferenz der Innenminister der Länder eingehend erörtert worden. Im Anschluss an die Konferenz hatte am Nachmittag des 18. März, dem Tage der Konferenz, der Reichsminister des Innern Dr. Wirth unter Zuziehung des Staatssekretärs Zweigert eine Besprechung mit dem bayerischen Innenminister Stützel. Bei dieser Gelegenheit ist der vorläufige Entwurf der Verordnung in allen Einzelheiten durchgesprochen worden. Auf Grund dieser Aussprache hat die bayerische Regierung schriftlich und mündlich Abänderungswünsche geäussert, die, soweit sie die Regelung der Zuständigkeit betrafen, voll und nach der materiellen Seite im Rahmen des Möglichen bis zum äussersten berücksichtigt wurden. Schliesslich hat der Reichskanzler den bayerischen Ministerpräsidenten über den Erlass der Notverordnung vor ihrer Veröffentlichung unterrichtet und ihm die Gründe mitgeteilt, weshalb der Erlass der Verordnung nicht länger hinausgeschoben und ein Teil der von Minister Stützel geäusserten Wünsche nicht erfüllt werden konnte. Den in der Konferenz der Innenminister geäusserten Wünschen des bayerischen Innenministers Stützel auf Kenntnisnahme und Ueberprüfung des endgültigen Textes konnte der Reichsminister des Innern aus grundsätzlichen Erwägungen in Wahrung der verfassungsmässigen Rechte des Herrn Reichspräsidenten, um der Entschliessung des Herrn Reichspräsidenten nicht vorzugreifen, nicht entsprechen.

SPD. In der Dienstag-Sitzung des Reichsrates hielt Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius die angekündigte Rede über die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen. Der Minister führte u.a. aus :

Die internationale Diskussion des deutsch-österreichischen Vertrages zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse der beiden Länder ist an einem gewissen Abschnitt angelangt, insbesondere, seitdem feststeht, dass sich der Völkerbundsrat demnächst mit der Angelegenheit befassen wird.

Ich sehe meine Aufgabe darin, einmal die wirtschaftliche Bedeutung des Vertragswerks klar herauszustellen und seine Einfügung in die Pläne einer besseren Organisation der europäischen Gesamtwirtschaft zu betonen, sodann die hier und da aufgetauchten Zweifel an der Einhaltung der Verträge und an der Loyalität unseres Vorgehens zu zerstreuen.

Polemik liegt mir fern, soviel Anlass dazu gegeben wäre. Mein Weg soll ruhige Aufklärung sein. Ich verfolge das Ziel, sachliche und gerechte Beurteilung des Planes zu erleichtern und die zum Teil erregte öffentliche Meinung zu entspannen.

Herr Briand hat in seiner Rede vor dem französischen Senat die Gefahren erkannt, die die Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas bedrohen. Wirtschaftssorgen sind es, die die österreichische und deutsche Regierung zusammengeführt haben. Wirtschaftsnot ist es, die uns zu unserem Vorgehen treibt. Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von fünf Millionen Arbeitswilligen, mit drückenden politischen Verpflichtungen, mit gänzlich unzureichender Kapitaldecke bei tiefer Notlage seiner Landwirtschaft, ist von schweren wirtschaftlichen und sozialen Gefahren bedroht. Neben der Sanierung und Hebung des Binnenmarktes stehen wir unter dem Zwang der Markterweiterung, der Ausweitung unseres Aussenhandels. Österreich, das aus einer grossen Wirtschaftseinheit herausgerissen ist, das eine zu schmale Grundlage für seinen Wirtschaftsapparat besitzt und dessen Bevölkerung seit einem Jahrzehnt unter ihrem Kulturniveau lebt, muss die gleichen Ziele verfolgen. Alle unsere Bestrebungen der jüngsten Zeit sind von solchen Wirtschaftsgesetzen diktiert. Wir erwarten beide, durch Angleichung unserer zoll- und handelspolitischen Verhältnisse, durch freien Wirtschaftsverkehr beide Volkswirtschaften zu beleben, zu heben und zu erweitern. Unser Vorgehen bewegt sich in den Bahnen der gesamteuropäischen Kooperation. Wir haben die Pläne, durch weitestgehende Zusammenarbeit die europäische Ordnung zu verbessern, die gesamteuropäische Wirtschaft zu organisieren, lebhaft begrüsst.

Die werdende Solidarität der europäischen Wirtschaft ist gleich im Beginn der gemeinsamen Arbeiten schweren Rückschlägen ausgesetzt worden. Wir haben uns in Genf offen darüber ausgesprochen. Der Wille, trotzdem im gesamteuropäischen Gremium am Ausgleich der Spannungen, an der Erleichterung des Wirtschaftslebens, an der Hebung des Wohlstandes zu arbeiten, bleibt bestehen. Aber zu der Beeinflussung der europäischen Wirtschaft durch Gesamtpläne und Richtlinien sowie Anstrengungen, die von der Zusammenarbeit aller, gewissermassen von oben, ausgehen, muss ein Aufbau von unten her, eine Zusammenfassung von Teilkraften treten. Erst aus dem Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen kann wirklicher Fortschritt entspringen.

Es ist in den internationalen Diskussionen der letzten Jahre oft dargelegt und anerkannt worden, dass die Wirtschaftsnot Europas in erster Linie auf seine Zerstückelung zurückzuführen ist. Sie hat das Bestreben auch der kleinsten Wirtschaftsgebiete nach landwirtschaftlicher und industrieller Autarkie, sie hat überprotektionistische Zölle und damit verbundene Hemmnisse für den Handel zur Folge gehabt. Was not tut, ist die Vereinigung zu grösseren Wirtschaftsgebieten, die Niederlegung von Zollmauern zwischen bisher getrennten Wirtschaften, die Schaffung grösserer und widerstandsfähigerer Binnenmärkte. Das Ziel ist nicht der Abschluss solcher grösseren Binnenmärkte nach aussen. Ich bin vielmehr überzeugt, dass die Tendenz nach Erweiterung und freierem Wirtschaftsverkehr über sie hinaus naturgesetzlich ist.

Die Idee regionaler Verständigungen und Zusammenschlüsse tritt immer mehr in den Vordergrund. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober hat auf der Völkerbundsversammlung im September 1930 den Weg regionaler Verständigung, zunächst den Zusammenschluss zwischen solchen europäischen Staaten propagiert, zwischen denen die Verschiedenheit der Voraussetzungen geringer ist als zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten. Der Gedanke regionaler Wirtschaftsvereinbarungen beherrschte die Zusammenkünfte der südosteuropäischen Agrarstaaten. Er führte zu grundsätzlichem Einverständnis über gemeinschaftliches Vorgehen zwischen den skandinavischen Staaten, Holland und Belgien. Ihm entspringt der Plan einer Zollunion zwischen Jugoslawien und Rumänien, wie aus ihm heraus schon vor Jahren Estland und Lettland eine Zollunion erwogen haben. In seiner Linie liegen die Vorarbeiten wirtschaftspolitischer Organisationen, die im vorigen Herbst auf einem Kongress in Lüttich eine französisch-belgische Zollunion angeregt haben. Alle diese Bestrebungen und Pläne sind organisch gewachsen. Sie erfordern gegenseitige Rücksichtnahme und Einfügung in die gesamteuropäische Solidarität und Gemeinschaftsarbeit. Die deutsche und österreichische Regierung sind sich bewusst, mit ihrem Plan in der gleichen Richtung vorwärts zu streben. Ihre Erklärung der Bereitschaft zu Verhandlungen mit anderen Ländern über eine gleichartige Regelung entspringt der Ueberzeugung, damit den europäischen Wirtschaftsgesetzen zu folgen. Ihre Pläne sind weniger exklusiv als die des tschechoslowakischen Aussenministers, der unser Angebot im voraus ablehnte und eine Zollunion der kleinen Entente mit Einbeziehung Österreichs unter ausdrücklichem Ausschluss Deutschlands anstrebt.

Der rein wirtschaftliche Charakter des deutsch-österreichischen Planes, der aus dieser Gesamtsituation hervortritt, steht nicht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verpflichtungen und Bindungen. Wir haben gehört, dass Frankreich den Abschluss des in Aussicht genommenen deutsch-österreichischen Vertrags als rechtswidrig ansehe, weil er mit den internationalen Verträgen, insbesondere mit den Abmachungen im Widerspruch stehe, die England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei im Jahre 1922 mit Österreich aus Anlass der ihm gewährten Anleihe getroffen haben. Zu der Tragweite dieser Abmachungen Stellung zu nehmen, ist in erster Linie Sache Österreichs. Aber es versteht sich von selbst, dass wir auch unsererseits diesen Pakt nicht unberücksichtigt lassen konnten und ihn gemeinsam mit der österreichischen Regierung auf das gewissenhafteste geprüft haben. Wir waren uns beide vom ersten Augenblick der Besprechungen an darüber klar, dass auch der bloße Anschein einer Verletzung der Unabhängigkeit Österreichs unter allen Umständen vermieden werden müsse. Gerade das ist für den ganzen Aufbau des Paktes, wie er in den vereinbarten Richtlinien skizziert worden ist, massgebend gewesen. Gerade das hat dazu geführt, ein Vertragsverhältnis ins Auge zu fassen, in das beide Staaten als völlig gleichberechtigte Partner eintreten, das keinerlei staatsrechtliche Verschmelzung, keinerlei staatsrechtliche Organe enthält, das die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit unberührt lässt, und das endlich unter Kündigungsbedingungen steht, wie sie für jeden gewöhnlichen Handelsvertrag passen würden. Gewiss, der Plan geht auf eine Zollunion, Freiheit des Warenverkehrs nach innen, Identität der Zoll- und Handelspolitik nach aussen, aber auf eine Zollunion sui generis, angepasst der besonderen Lage Österreichs. Es ist angesichts dieser Struktur der Vereinbarungen schwer zu verstehen, inwiefern durch sie die Unabhängigkeit Österreichs angetastet werden könnte. Man behauptet zwar die Vertragswidrigkeit des Planes, hat aber bisher noch niemals versucht, sie zu begründen. Wir haben noch kein Wort darüber gehört, worin denn eigentlich die Unzulässigkeit unseres Vorgehens bestehen soll, das heisst, welche konkreten Punkte der deutsch-österreichischen Richtlinien eine Verletzung des Genfer Protokolls in sich schliessen sollen.

Wenn Luxemburgs Zollunion mit Belgien, die doch eine ungleich stärkere Bindung des kleinen Landes mit sich bringt, keine Schmälerung seiner Souveränität und Unabhängigkeit zur Folge hat, so kann dies unmöglich bei der deutsch-

österreichischen Zollunion der Fall sein, deren innerer Aufbau die politische administrative und wirtschaftliche Selbständigkeit beider Länder gleichermaßen gewährleistet. Zieht man das in Betracht und berücksichtigt man daneben, wie sorgfältig wir auf die Achtung der nun einmal auf Österreich lastenden besonderen Bindungen Bedacht genommen haben, so kann man sich kaum der Befürchtung erwehren, als ob hier nicht mit dem gleichen Masse gemessen würde, als ob die Konstruktion der Vertragsverletzung auf einer Auslegung der Verträge und des Genfer Protokolls beruhten, die nicht mehr auf die Wahrung der Unabhängigkeit Oesterreichs, sondern im Gegenteil auf seine Herabwürdigung zu einem Staatswesen zweiter Klasse hinausläuft. Es geht überhaupt nicht, die Basis der Gleichberechtigung zu verschieben, ohne die ein konstruktiver Aufbau Europas undenkbar ist. Ich will aber eine solche Perspektive nicht weiter verfolgen. Ich will auf eine ungerechte Kritik nicht mit Gegenwürfen antworten; mir liegt allein daran, für die Rechtmässigkeit und Loyalität unseres Vorgehens auch dort Verständnis zu erwecken, wo unsere Absichten bisher verkannt worden sind.

Sie wissen, dass die englische Regierung, ohne damit sachlich gegen den Plan Stellung zu nehmen, mit dem Vorschlag an uns herangetreten ist, vor weiterer Entschliessung die rechtliche Seite der Frage im Völkerbundsrat zur Erörterung zu bringen. Ebenso bekannt ist Ihnen die Antwort, die der Reichskanzler dem englischen Botschafter gab. Ich habe die gleiche Haltung wie der Reichskanzler eingenommen, als der englische Botschafter mich am nächsten Tage aus Anlass einer Rückfrage aufsuchte. Es ist klar, dass wir unsererseits eine Erörterung der Rechtsfrage nicht für erforderlich erklären können, da der ganze Plan auf unserer und Österreichs Ueberzeugung beruht, dass er sich völlig im Rahmen der internationalen Verträge hält. Es versteht sich aber von selbst, dass wir uns einer solchen Behandlung der Sache im Völkerbundsrat seitens der Signatarmächte des Genfer Protokolls von 1922 nicht entziehen. Wir brauchen sie ja in keiner Weise zu scheuen. Unser politischer Einwand bezog sich darauf, dass im Völkerbundsrat etwa unsere rein wirtschaftliche Vereinbarung, wie einige Stimmen dies forderten, als eine Gefährdung des Friedens zur Diskussion gestellt würde. Eine solche Unterstellung würde jeder tatsächlichen Begründung entbehren, eine solche Argumentation wäre unzulässig. Herr Henderson hat angekündigt, dass er beantragen werde, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung im Mai zu setzen. Wir können nichts dagegen einwenden und rechnen überdies damit, dass schon vorher in dem paneuropäischen Studienkomitee eine Aussprache über die ganze Frage stattfinden wird. Ich hoffe, dass beide Aussprachen die Missverständnisse beseitigen werden, die in der Debatte der letzten Tage aufgetreten sind.

Ich komme zu dem zweiten Hauptpunkt der gegen unser Vorgehen geübten Kritik, nämlich der Beanstandung unserer diplomatischen Schritte. Ueber diplomatische Methoden lässt sich streiten. Mit der materiellen Beurteilung der Sache selbst hat unser Vorgehen wenig oder gar nichts zu tun. Aber ich will darauf eingehen. Die Bedeutung der Formen des diplomatischen Verkehrs ist nicht gering. Ich fühle auch persönlich das Bedürfnis, dass die Aussenminister, insbesondere in einer Zeit der Spannungen, Gärungen, Krisen, wie der heutigen, sich gegenseitig ihr aussenpolitisches Geschäft möglichst erleichtern. Aus dieser Einstellung heraus habe ich die beteiligten Aussenminister stets rechtzeitig, offen und weitestgehend unterrichtet. Ich habe mir auch im vorliegenden Fall nichts vorzuwerfen. Wir haben in demselben Augenblick, wo sich die deutsche und die österreichische Regierung über Tragweite und Charakter ihres Planes klar geworden waren, unsere Missionen angewiesen, die fremden Regierungen zu verständigen. Es ist nicht nur eine Verkenning der von mir vorhin geschilderten Entwicklung der ganzen Verhandlungen, sondern eine Verkenning des Wesens der Sache selbst, wenn man noch frühere diplomatische Schritte dieser oder jener Art fordert. Dass wirtschaftliche Fragen zwischen Österreich und uns verhandelt wurden, dass bei diesen Verhandlungen die Möglichkeiten

einer wirtschaftlichen Annäherung beider Länder erörtert wurden, war der Welt kein Geheimnis. Das war auch in allen Verlautbarungen, die sich schon vor meiner Abreise mit meinem Wiener Besuche beschäftigten, zum Ausdruck gekommen. Was hätte man in diesem Stadium den anderen Mächten sagen können? Dass die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses geprüft würden? Tragweite und Sinn eines solchen Zusammenschlusses hingen doch ganz davon ab, in welcher Weise, mit welchen Mitteln und zu welchem Zwecke er durchgeführt werden sollte. Die Gespräche darüber haben sich in der Tat aber erst bei meinem Wiener Besuch konkretisiert und sind zum wirklichen Abschluss erst in den späteren beiderseitigen Kabinettsberatungen gekommen. Erst am Donnerstag, dem 19. März, war die übereinstimmende Auffassung des Berliner und des Wiener Kabinetts gesichert, und schon am übernächsten Tage sind die Demarchen der deutschen und österreichischen Missionschefs in London, Paris und Rom erfolgt. Solange sich Deutschland und Österreich selbst noch nicht darüber klar und einig waren, was sie wollten, war eine Verständigung anderer Regierungen naturgemäß gar nicht möglich. Wir haben aber die Bekanntgabe schon unserer vorläufigen Vereinbarung, schon der Aufstellung blosser Richtlinien für richtig gehalten, um die anderen Regierungen und die Öffentlichkeit nicht gleich vor die vollendete Tatsache der Zollunion zu stellen. Man kann vom internationalen Standpunkt nicht loyaler handeln, als wenn man vor dem Abschluss eines Vertrages die Absichten und Grundgedanken dieses Vertrages vor aller Welt sozusagen auf den Tisch des Hauses legt. Wir wären froh, wenn man uns immer mit gleicher Loyalität und Offenheit behandelte. Man sollte übrigens Deutschland und Österreich doch nicht für so unklug halten, als ob sie es darauf hätten ankommen lassen wollen, durch ein zuerst geheimes und dann sensationelles Manöver eine ganze Welt gegen sich in die Schranken zu fordern. Dazu wissen Deutschland und Österreich zu genau, wie stark ihre eigenen Interessen mit denen der anderen Länder verflochten sind; dazu wissen sie zu genau, dass sie nicht weniger als irgendein anderer Staat auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Ländern angewiesen sind. Wir konnten nicht daran denken und haben nicht daran gedacht, die Welt mit einem politischen Schachzug zu überraschen, der geeignet wäre, die allgemeinen europäischen Bestrebungen zu stören und zu verwirren. Ich glaube deshalb, dass man der Sache in keiner Weise gerecht wird, wenn man sie mit einer gewissen Geflissentlichkeit als einen "Zwischenfall" bezeichnet.

Was wir wirklich gewollt haben, habe ich bereits vorhin gesagt und wiederhole es noch einmal in voller Übereinstimmung mit dem, was der Reichskanzler darüber schon öffentlich erklärt hat: Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglichster Beschleunigung unseren beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebiets ergeben. Wir wollen zugleich den Bemühungen um eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben. Es ist mir eine Genugtuung, feststellen zu können, dass diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben. Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirklichen Absichten Deutschlands und Österreichs dazu keinen Anlass. Ihre Verkennung lässt sich nur dadurch erklären, dass man die ganze Angelegenheit ohne Grund vom wirtschaftlichen auf das politische Terrain verschoben und mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Dass das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen dieser oder jener Art aufwirft, lässt sich verstehen. Nicht verständlich erscheint es mir aber, dabei von einer Störung des guten Einvernehmens unter den Nationen oder wohlgar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht zugeben, dass der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres werden könnte. Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wiederaufbau mehr interessiert, als Deutschland und Österreich es sind; dessen sind wir uns stets bewusst. Kein Land kann auch

mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schliesslich von Erfolg gekrönt zu sehen. Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird sich, wie ich bestimmt hoffe, die Erkenntnis durchsetzen, dass er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.

SPD. Weder die Nationalsozialisten noch die Deutschnationalen haben bisher die Einberufung des Reichstags bzw. des Ältestenrats verlangt. Ein solcher Antrag ist lediglich von den Kommunisten eingegangen. Da die Kommunisten über die zur Einberufung des Ältestenrats notwendige Zahl von drei Sitzen verfügen, so wird der Ältestenrat voraussichtlich einberufen werden. Ein Termin ist für seinen Zusammentritt noch nicht festgesetzt. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Sitzung erst nach Ostern stattfinden wird, da viele Mitglieder des Ältestenrats ausserhalb Berlins wohnen und ihnen Zeit zur Vorbereitung dieser Sitzung gelassen werden muss.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat auf Grund der Notverordnung sämtliche von dem kommunistischen Jugendverband anlässlich des Reichsjugendtages in der Zeit vom 3. April 1931 bis 7. April 1931 geplanten öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen verboten, ebenso die für Dienstag den 31. März 1931 mit dem Mitglied des Reichstages Münchmeyer als Redner angekündigte Versammlung der Hitlerpartei.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Erklärungen Hendersons im Unterhaus über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung werden in der französischen Presse sehr verschieden beurteilt. Während "Petit Parisien" und "Matin" schreiben, dass die Ausführungen des englischen Minister, obgleich massvoll in der Form, im Grunde mit den scharfen Worten Briands im Senat übereinstimmen und dass sie zusammen mit den englischen Demarchen in Wien und Berlin den Beweis liefern, dass Frankreich und England in vollem Einvernehmen vorgehen, findet das "Echo de Paris" die Erklärungen bedauerndswert, da eine Debatte vor dem Völkerbundsrat zu nichts führen werde. Das einzige Mittel, die deutsch-österreichische Initiative zu verhindern, wäre nach der Ansicht des Blattes die sofortige Einberufung des Völkerbundesrates gewesen. Auch das radikale "Oeuvre" ist mit Henderson wenig zufrieden und bezeichnet seine Erklärungen als ziemlich verschwommen. In dem Kommentar des "Matin", der ohne Zweifel vom Quai d'Orsay inspiriert ist, wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, dass sich Italien den englisch-französischen Demarchen anschliessen würde, denn seine Interessen wären dadurch, dass die wirtschaftliche Machtgrenze Deutschlands durch das Zollabkommen bis an die italienische Grenze vorgeschoben werde, sehr stark berührt.

In der Kammer sind inzwischen ausser von dem Abg. Fougère weitere Interpellationen über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung von dem radikalen Abg. Nogaro, sowie von den Abg. Lorin und Scapini, die beide der Maginot-Gruppe angehören, eingebracht worden.

SPD. Stuttgart, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die württembergische Ärztekammer hat in ihrer Vollversammlung folgende Entschliessung gefasst :

"Die württembergische Ärztekammer geht davon aus, dass die notwendige An-

derung des § 218 des Reichsstrafgesetzbuches in erster Linie getragen sein muss von der Fürsorge für die Gesunderhaltung der betreffenden Frau. Sie anerkennt einstimmig die Notwendigkeit der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage beim Vorliegen der medizinischen Indikation für die Unterbrechung der Schwangerschaft. Sie ist nach wie vor der Ueberzeugung, dass rein wirtschaftliche Gründe bei einer körperlich gesunden Frau vom ärztlichen Standpunkt zur Unterbrechung der Schwangerschaft nicht genügen. Sie erhält eine Erweiterung der Fürsorge für Schwangere, Bevorzugung kinderreicher Familien für erforderlich. Sie erwartet, dass die von der ärztlichen Standesvertretung schon längst für notwendig erachtete und empfohlene Milderung des § 218 unabhängig von der Reform des Strafgesetzbuches sofort durchgeführt wird."

Mit diesem Beschluss hat die württembergische Ärztekammer einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zur Förderung der Bekämpfung der jetzigen Härten des § 218 gemacht.

SPD. Weimar, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Deutschnationale Volkspartei hielt am 30. März eine Versammlung in Weimar ab, in der der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Herfurth über die politische Lage in Thüringen sprach. Abg. Dr. Herfurth erklärte, wenn die sozialdemokratischen Misstrauensanträge gegen Frick und Marschler vom Landtag angenommen würden und infolgedessen die Regierung zurücktreten oder umgebildet werde, so würden sich die Deutschnationalen nicht daran beteiligen, wenn die Sozialdemokratische Partei als stützende Partei in Frage kommen oder selbst an der Regierung beteiligt sei.

SPD. Weimar, 31. März (Eig. Drahtb.)

Auf Grund des in Thüringen erlassenen Ermächtigungsgesetzes wurde der sozialdemokratische Lehrer und Landtagsabgeordnete Mäder in Altenburg von Frick mit Wirkung vom 1. Juni 1930 in den Wartestand versetzt. Alle Instanzen, Lehrerschaft, Elternbeirat usw. wandten sich seinerzeit gegen den Abbau Mäders. Mäder hat daraufhin das Land Thüringen verklagt, weil nach seiner Meinung sein Abbau gesetzwidrig war. Am Dienstag Morgen wurde das Urteil vom Landgericht in Weimar gefällt und lautet:

"Das Land Thüringen hat dem Lehrer Mäder das volle Gehalt nebst Zinsen vom Tage seiner Inwartestandversetzung bis zum heutigen Tage nachzuzahlen."

Das ist für den Juristen Frick ein weiterer schwerer Reinfall. Welche Folgen das Urteil für das Land haben wird, ist noch nicht abzusehen, da auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine ganze Anzahl Beamte in den Wartestand versetzt worden sind!

SPD. Braunschweig, 31. März (Eig. Drahtb.)

Der Minister Franzen begnügt sich nicht mit der Brotlosmachung der 26 dissidentischen Lehrer und der Entlassung sämtlicher dissidentischer Hilfslehrer und -Lehrerinnen, darunter Familienväter, die jetzt auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind, sondern er hat zur planmässigen Zerschlagung der weltlichen Schulen auch zum 1. April eine Reihe von Versetzungen ausgesprochen, die nur als Massregelungen von sozialdemokratischen Lehrern anzusprechen sind. Unter anderem wurde der Rektor Neddermeyer von Braunschweig nach Schöningen strafversetzt, weil er als rühriger Leiter der braunschweigischen Kinderfreunde-Bewegung und der sozialistischen Arbeiterjugend der Naziregierung ein Dorn im Auge war. Andererseits wurde der Rektor Genosse Gödecke von Schöning-

gen nach Braunschweig versetzt, obwohl er dort Stadtverordneter ist. Gegen ihren Willen wurde eine ganze Reihe anderer Volksschullehrer aus ihrem bisherigen Wirkungskreis herausgerissen und strafversetzt, nur weil sie als Funktionäre der sozialistischen Bewegung hervorgetreten sind.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Rede, die Dr. Curtius am Dienstag vor dem Reichsrat über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung gehalten hat, wird von den wenigen Abendzeitungen, die bereits dazu Stellung nehmen, zwar als geschickt und massvoll im Ton bezeichnet, aber in Bezug auf ihren Inhalt gemäss der bisherigen Haltung der französischen Presse gemissbilligt. Der "Ami du Peuple" schreibt, die Rede zeige, dass Deutschland seinen Standpunkt uneingeschränkt aufrecht erhalte. Der "Intransigeant" erklärt, dass Dr. Curtius, weniger nüanciert als sein Meister Stresemann, nicht das eigentliche Ziel verhehlt habe, das die Berliner Regierung verfolge; aber er habe es wenigstens als unvermeidlich zugelassen, dass der Völkerbundsrat sich mit der Frage beschäftige. Am schärfsten drückt sich der "Temps" aus, der unter dem Hinweis auf die Bemerkung des Reichsaussenministers, dass die gemeinsame Wirtschaftsnot beide Länder zu dieser Aktion veranlasst habe, erklärt, es gäbe keine Not, die solche Methoden und Verfahren rechtfertigen könne, wie sie Berlin und Wien angewandt hätten, um unter Verletzung der Verträge den Abschluss eines Zollbündnisses zu vereinbaren. Das Vertrauen zu der deutschen Loyalität sei zu schwer erschüttert, als dass man einfach dem Anschein, den Berlin der Angelegenheit geben wolle, trauen dürfe. Die Beweisführung Curtius' bewege sich in ganz falscher Richtung. Es sei klar, dass die Wiener und Berliner Regierung jeder europäischen Zusammenarbeit hätten zuvorkommen wollen, um einen rein deutsch-österreichischen Plan zu verwirklichen.

Die bürgerlichen Linksparteien, die sich mit Einschluss der Sozialisten zu einem Linksblock zusammenschliessen wollen, haben am Dienstag in einer Sitzung beschlossen, gleichfalls eine Interpellation über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung einzubringen und eine eingehende Debatte im Plenum der Kammer noch vor Beginn der Ferien zu verlangen.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Um dem Ausland den Besuch der Pariser internationalen Kolonialausstellung zu erleichtern hat die französische Regierung beschlossen, für die Dauer der Ausstellung sämtliche Passvorschriften aufzuheben. Für die Einreise nach Frankreich genügt während dieser Zeit ein einfacher Personalausweis, der von dem zuständigen Konsulat kostenlos visiert wird.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat sich am Montag-Abend in einer Kohlengrube bei Oviedo eine schwere Schlagwetterkatastrophe ereignet. Von den 18^{er} an der Unglücksstelle arbeitenden Bergleuten sind bisher neun Tote und vier Schwerverletzte geborgen worden. Zum Zeichen der Trauer ruht am Dienstag die Arbeit in sämtlichen Gruben des Bezirkes.

SPD. Paris, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Sozialisten haben am Dienstag in einer Fraktionssitzung beschlossen, ihren Antrag, den Finanzminister Flandin wegen seiner Beziehungen zu der Gesellschaft Aero Postale vor den Untersuchungsausschuss der Kammer zu laden, zurückzuziehen, da bereits vor dem Ausschuss eine Debatte über den Skandal dieser Gesellschaft eingeleitet und damit das von den Sozialisten verfolgte Ziel erreicht sei. In dem Beschluss wird aber darauf hingewiesen, dass, wenn die Verhandlungen der Kommission den Erwartungen der Sozialisten nicht entsprächen, der Antrag später erneuert werden würde.

SPD. Mannheim, 31. März (Eig. Drahtb.)

Das evangelische kirchliche Verwaltungsgericht in Baden hat den Einspruch des Mannheimer Pfarrers Eckert wegen der vom Oberkirchenrat ausgesprochenen Amtsenthhebung abgewiesen. Das Gericht erklärte sich in dieser Frage für unzuständig, da hier das Dienstgericht, das sich mit dieser Frage noch beschäftigt wird, allein zu entscheiden habe. So hatte das Verwaltungsgericht nur über den Antrag Eckerts zu entscheiden, das gegen ihn ausgesprochene Versammlungsverbot aufzuheben und die von ihm verlangte Aufstellung über seine politischen Versammlungen als unzulässig zu erklären. Gegen beide Anordnungen der kirchlichen Oberbehörde hatte Eckert Einspruch erhoben, da sie gegen die Reichsverfassung, die badische Verfassung und die Kirchenverfassung verstossen.

Das Gericht war der Auffassung, dass das Ersuchen der Kirchenoberbehörde keine Beschränkung des Rechtes der freien Meinungsäußerung bedeutet, und dass der Oberkirchenrat hier von dem ihm zustehenden Aufsichtsrecht der politischen Betätigung der Pfarrer Gebrauch machen werde. Auch das ergangene Rede- und Versammlungsverbot hält das Verwaltungsgericht für begründet. Pfarrer Eckert habe sich in die vorderste Front des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die nationalsozialistische Bewegung gestellt, und zwar in einseitiger und leidenschaftlicher Vertretung seiner Auffassung. Dadurch habe die Würde und das Ansehen des geistlichen Amtes Schaden gelitten. Da Nationalsozialisten und Stahlhelm die Absicht bekundet hätten, keine Versammlung mit Pfarrer Eckert als Redner mehr zuzulassen, habe der Oberkirchenrat in der Erfüllung der ihm obliegenden Aufsichtspflicht zu handeln geglaubt, als er Eckert das Auftreten als Redner verbot.

Gegen die evangelischen nationalsozialistischen Hetzpfarrer in Baden ist bisher noch keine Kirchenbehörde eingeschritten - auch nicht gegen den Pfarrer Streng, der am Volkstrauertag auf den Altar Stahlhelm, Säbel und Karabiner niederlegte!

SPD. Wien, 31. März (Eig. Drahtb.)

Vor einem Wiener Schöffengericht hatten sich am Dienstag vier Heimwehrleute, unter ihnen ein Wehrmann, wegen Verbrechens der Brandstiftung zu verantworten. Sie hatten bei den Demonstrationen gegen den Remarque-Film im Schwedenkino einen Brand zu legen versucht, um die weiteren Aufführungen zu verhindern. Sie verantworteten sich dahin, dass sie nicht wirklich einen Brand stifteten, sondern nur die Kinoleitung zur Einstellung der weiteren Vorführungen zwingen wollten. Die Angeklagten wurden vom Verbrechen der Brandstiftung freigesprochen und wegen Verbrechens der Erpressung und der böswilligen Sachbeschädigung, und zwar zwei von ihnen zu je drei Monaten und zwei zu je einem Monat strengen Arrest verurteilt.

SPD. Budapest, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Partei hatte für Montag eine Arbeitslosenversammlung einberufen, die von der Polizei verboten wurde. Darauf hatten die Arbeitslosen am Dienstag einen stummen Aufmarsch vor dem Parlament veranstaltet. Polizei zerstreute die friedliche Demonstration. Unter dem Vorwand, dass geprüft werden müsse ob die Demonstranten nicht Kommunisten seien, wurden 300 Arbeitslose auf die Polizei gebracht. Hier stellte sich heraus, dass sie sämtlich Sozialdemokraten waren.

SPD. Stuttgart, 31. März (Eig. Drahtb.)

Der Zersetzungsprozess, der sich jetzt in der nationalsozialistischen Bewegung vollzieht, wird durch eine Reihe von internen Vorgängen nachgewiesen, über die in der letzten Zeit von der Schwäbischen Tagwacht berichtet wurde. Es hat unter den Anhängern und Führern der Organisation im Lande Streitigkeiten gegeben, die mehrfach in Tätlichkeiten ausarteten und letzten Endes ihren Ursprung in finanziellen Nöten haben, denen die Bewegung jetzt in immer stärkerer Masse entgegentreibt. Der Besuch der Versammlungen wird schlechter, sodass sie keine Einnahmequelle mehr sind, sondern Schulden verursachen. Vor allem aber geht die Leserzahl der Presse und damit auch der Umfang der Anzeigen rapid zurück. Wie schlimm das sein muss, geht aus einem von der Leitung des Stuttgarter NS-Kuriers an die Ortsgruppenleitungen herausgegebenen Rundschreibens hervor, in dem es heisst :

"Jede Ortsgruppe muss bis Donnerstag mindestens 2 Inserate eingesandt haben; bestimmt nicht viel verlangt, aber wenn alle diese ihre Pflicht erfüllen, bekommen wir schon etwas zusammen. Die Unterlagen usw. habt Ihr schon erhalten. Nehmt Euch ein Beispiel an dem Ludwigsburger Parteigenossen. Er brachte die Inserate von Freitag abend bis Samstag mittag zusammen. Ein Beweis! es geht, wenn man nur will. Gehen Sie bitte sofort an die Inseratewerbung. Wir erwarten Ihre Beiträge spätestens Donnerstag abend. Sie wollen sich nach der Werbezeit doch nicht nachsagen lassen, dass Sie eine Null bedeutet haben während der Werbezeit."

Ein Erfolg hat dieses Rundschreiben den Naziorganen jedoch nicht gebracht. Die Geschäftsinhaber haben eingesehen, dass das Geld für die Anzeigen in diesem Blättchen, das nur noch eine geringe Auflage hat, sich nicht rentiert und so ziehen sie sich wieder zurück.

Sodann ist aus einer zwischen der Schwäbischen Tagwacht und dem NS-Kurier stattgefundenen polemischen Auseinandersetzung über die Personal- und Anstellungsverhältnisse beim Naziblatt die bemerkenswerte Tatsache zu entnehmen, dass sie folgende Feststellungen nicht zu bestreiten vermochte:

- 1) dass das Personal des Blattes wesentlich geringere Einkommensbezüge hat als dem massgeblichen Tarife entspricht.
- 2) dass der Sportteil des Blattes bis vor einer Woche von einem Manne besorgt wurde, der wegen Devisenspekulation vorbestraft ist,
- 3) dass als technischer Redakteur ein Mann im Betriebe tätig ist, der u.a. wegen Fahnenflucht vorbestraft ist.

SPD. Stuttgart, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die in Stuttgart erscheinende Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 31. März 1931 ist auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 polizeilich beschlagnahmt worden.

SPD. London, 31. März (Eig. Drahtb.)

Die englische Presse steht in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion hinter dem Beschluss der englischen Regierung. In allen Lagern wird die Rede Hendersons beifällig begrüsst, da sie die Atmosphäre entspannt und den Weg zu einer freundschaftlichen Aussprache geebnet habe. Selbst der "Manchester Guardian" hält die Ueberweisung der Legalitätsfrage an den Völkerbund für das klügste, was der englische Aussenminister tun konnte. Das im Prinzip auf dem deutschen Standpunkt stehende liberale Blatt fügt hinzu, Deutschland und Österreich würden sich ins Unrecht setzen, wenn sie, nachdem nun einmal die Frage der Legalität angeschnitten ist, den englischen Vorschlag zurückweisen würden. Allerdings bestünden im Völkerbundsrat vorgefasste Meinungen und deshalb müsse die Entscheidung über die juristische Frage vom Haager Schiedsgerichtshof getroffen werden.

Wenn eins aus der Rede Hendersons klar und deutlich hervorgeht, so ist es die Besorgnis des britischen Aussenministers. Die deutsch-österreichische Zollunion, die Art wie sie vorbereitet wurde und der Widerstand, den sie in Frankreich und in anderen Ländern gefunden hat, haben in Europa eine Stimmung erzeugt, die der kommenden Abrüstungskonferenz sehr gefährlich werden kann. Diese Konferenz ist aber nicht nur das Lebenswerk Hendersons, sondern auch das wichtigste Ziel der englischen Arbeiterregierung. Nicht die deutsch-österreichische Zollunion hat die englische Regierung erregt. Es ist die europäische Abrüstung, um die jetzt England bangt. Gerade deshalb aber wäre auch im deutsch-österreichischen Interesse zu wünschen, dass die beiden deutschen Staaten gestützt auf ihr Recht und auf ihre gute Sache die von Henderson gezeigte Brücke beschreiten würden. Die Gefahr besteht, dass, wenn die Abrüstungskonferenz scheitern sollte, Deutschland und Österreich mit dem Odium beladen werden, eine Hoffnung der Menschheit zerstört zu haben. Was auch sein mag, Deutschland und Österreich müssen es unter allen Umständen vermeiden, böswilligen Gegnern eine Waffe in die Hand zu drücken, die für Jahrzehnte hinaus unabsehbaren Schaden anrichten müsste!

SPD. New York, 31. März (Eig. Drahtb.)

Durch ein Erdbeben in Nicaragua wurde am Dienstag der grösste Teil der 30 000 Einwohner zählenden Stadt Managua zerstört.

SPD. Bombay, 31. März (Eig. Drahtb.)

In den Krankenhäusern von Cawnpore sterben immer noch viele Verwundete an ihren erlittenen Verletzungen. Die Zahl der Toten hat sich bis jetzt auf 400 erhöht.

Der allindische Kongress setzt seine Kommissionsberatungen fort. Für die künftige indische Verfassung hat Gandhi das vollkommene Verbot des Alkohols vorgeschrieben.

SPD. London, 31. März (Eig. Drahtb.)

Infolge der Lohnherabsetzungen über 2000 auf den Güterböden der Londoner Eisenbahnen beschäftigte Arbeiter passive Resistenz. Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes sind im Gange.

SPD. London, 31. März (Eig. Drahtb.)

Bei den Gemeindewahlen in Südwales hat die Arbeiterpartei die Zahl ihrer Mandate um 37 Sitze vermehrt.

Wo bleibt der zweite Mann?

Genossinnen und Genossen!

Drei Monate intensiver Arbeit liegen hinter uns. Starke Erfolge werden aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Sie beweisen, dass die Werbeparole mit Begeisterung aufgenommen wurde.

"Kampf dem Marxismus!" Das ist das Feldgeschrei der bürgerlichen Reaktion. Die patentierten Vertreter des versagenden kapitalistischen Systems sind wenig erfinderisch in der Wahl ihrer Mittel. Sie befolgen die primitive Ablenkungsmethode des erwischten Diebes, durch den Ruf "Haltet den Dieb!" die Aufmerksamkeit auf andere zu lenken, um die Scharen ihrer betörten Anhänger an sich zu fesseln.

Die wüste Hetze der Anhänger einer nationalistischen oder bolschewistischen Diktatur, die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die durch die Reichstagswahl am 14. September im Reiche geschaffen wurden, haben die Partei zum Schutz der Republik, zur Stärkung der Demokratie, für die Erhaltung der sozialen Ererungenschaften zu aktivstem Handeln gezwungen.

Im Reichstags in die Verteidigung gedrängt, ging die Partei ausser parlamentarisch erfolgreich auf der ganzen Linie geschlossen zum Angriff vor. Allgemein wurde die politische Gefahr erkannt.

Damit war das Ziel aufgezeigt, dass die Mitgliederwerbung den unverrückbaren Mittelpunkt unserer Parteiarbeit im Jahre 1931 bilden müsse, als sich auch schon der Riesenorganismus unserer Partei in Bewegung setzte. Die roten Banner wurden entrollt. Der Vormarsch begann.

Die Parole für das Jahr 1931 war gegeben: "Wo bleibt der zweite Mann?"

Gruss jenen Werbepersonen, all den Genossen, die, beseelt vom Pflichtgefühl, begeistert für unsere heilige Sache, die gestellte Aufgabe ohne Zögern in Angriff nahmen und durchführten. Sie finden ihren Lohn in dem erhebenden Bewusstsein, ihre Aufgabe erfüllt, den arbeitenden Klassen der Welt einen Dienst erwiesen, die Macht und den Einfluss ihrer Partei gestärkt zu haben. Wir sind stolz auf dieses Heer pflichtbewusster Genossen! Wir wissen, sie werden, angefeuert von dem bisherigen Erfolg, weiterkämpfen, bis der Sieg errungen ist.

Genossinnen und Genossen! Lasst uns unsere Anstrengung verdoppeln! Unermüdetlich wollen wir werben!

Stärkt die Organisation und die Presse!

Millionen Männer und Frauen haben uns immer wieder bei den Wahlen ihre Stimme gegeben, ohne jedoch die Mitgliedschaft der Partei zu erwerben. Für diese grosse Schar Gleichgesinnter zu uns. Reicht sie ein in das Heer unserer eingeschriebenen Mitglieder. Macht sie zu mutigen, pflichttreuen Kämpfern für unsere gute Sache und zu Lesern der Sozialdemokratischen Presse.

Vergesst es nicht: Es ist eure wichtigste Aufgabe alle säumigen Genossen immer wieder tagtäglich an die Parteiparole zu erinnern. Sportt sie an, Tag für Tag! Appelliert immer wieder an ihr Gewissen! Rückt den Gedanken der Werbung entschlossen in den Mittelpunkt aller Zusammenkünfte und Versammlungen, dann wird dank eurer aufopfernden Arbeit das Jahr 1931 in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als eines der erfolgreichsten fortleben.

Auf Euch kommt es an! Auf jeden einzelnen Genossen, auf jede einzelne Genossin!

Unser Vormarsch ist unaufhaltsam! Durch unsere Reihen hallt der Ruf: Wo bleibt der zweite Mann?

Berlin, den 21. März 1931

gez. Otto Wels.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Kommunistengeschäft mit § 218.

SPD. Es hat sich in Berlin ein sogenannter "Kampfausschuss gegen § 218 und für Verteidigung Dr. Friedrich Wolfs" gebildet. Dieser Ausschuss besteht aus einem Reichsausschuss und Filialen. Er gibt einen eigenen Pressedienst heraus, und an der Hand dieses Pressedienstes kann man feststellen, worum es sich in Wahrheit handelt. Dieser famose Ausschuss ist nichts anderes als eine kommunistische Parteifiliale. Der Zweck der Übung ist weit weniger der Kampf gegen den § 218 als der gehässige politische Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. § 218 sagt man, aber die Sozialdemokratie meint man. Die Verlauterungen dieses Kampfausschusses strotzen von lügenhaften Behauptungen und Verächtigungen gegen die Sozialdemokratische Partei.

Es handelt sich um einen jener kommunistischen Versuche unter falscher Flagge, Stimmung gegen unsere Partei zu machen. Damit zeigen die Kommunisten, wie wenig ernst es ihnen und ihrem famosen Kampfausschuss um die Sache ist! Im Grunde genommen interessiert sie das Schicksal der Opfer des § 218 gar nicht sondern nur die Frage, wie dies traurige Schicksal zu einer verlogenen Hetze gegen die Sozialdemokratie missbraucht werden könnte. So hat die Kommunistische Partei die Erwerbslosen missbraucht, so missbraucht sie auch jetzt die Opfer des § 218!

Die Luxusyacht des Herrn von Siemens.

Im Hafen von Fiume erschien in diesen Tagen eine deutsche Luxusyacht. Sie zeigte die schwarzweissrote Fahne mit einer riesigen Hohenzollernkrone. Die Matrosen trugen an Blusen und Mützen die Inschrift "Kaiserlicher Yachtclub". Der Besitzer dieser Yacht mit der schwarzweissroten Fahne und der Hohenzollernkrone ist nicht etwa Wilhelm von Doorn oder einer seiner Abkömmlinge, sondern der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Reichsbahn, Herr von Siemens. Er will der Welt zeigen, wie schlecht es den deutschen Industriellen geht und wie notwendig um des Lebens und Sterbens der deutschen Industrie willen der Lohnabbau bei den deutschen Arbeitern ist. Denn wenn die deutschen Arbeiter ihr Lohnniveau nicht herunterdrücken liessen, könnte Herr v. Siemens in die peinliche Verlegenheit kommen, seine Luxusyacht abbauen zu müssen. Das wäre ein so schwerer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft, dass er verhindert werden muss - darum müssen die Arbeiter des Herrn von Siemens den Lohnabbau hinnehmen.

Flinte und Altar.

Die wüsteste Agitation gegen die evangelische Kirche und das evangelische Christentum wird von evangelischen Pfarrern selbst geführt. Wenn die Auswüchse des Weltanschauungskampfes beseitigt werden sollen, dann muss in der evangelischen Kirche selbst angefangen werden. Jener Pfarrer Streng aus Baden, der einer der aktivsten Agitatoren für die Hitlerpartei ist, hat am 1. März, am sogenannten Volkstrauertage, eine Blasphemie begangen, die kaum zu überbieten ist. Nicht nur, dass er von einer Kanzel sprach, von der eine grosse schwarzweissrote Hakenkreuzfahne herabhing, hatte er auf den Altar, auf den Tisch des Abendmahls, Stahlhelm, Säbel und Karabiner gelegt.

Wenn künftig ein Künstler das Wesen dieser Art von Christentum charakterisieren will, dann müsste er Christus abbilden mit dem Stahlhelm auf dem Kopf, den Säbel an der Seite und den Karabiner auf der Schulter! Trotz aus-

drücklicher öffentlicher Kritik und Mahnung ist der badische Oberkirchenrat gegen diesen Säbelpfarrer nicht eingeschritten!

Ein evangelischer Pfarrer aus Sachsen, der Pastor Krieger in Zittau ist ein würdiger Kollege dieses Pfarrers Streng. Er sprach in einer Hakenkreuzversammlung in Riesa :

"Während die roten Mordbonzen tausende von Selbstmorden auf dem Gewissen haben, als Folgen der ihnen bewusst beschlossenen und künstlich herbeigeführten Inflation eine Tat, die grauenhafter in der Weltgeschichte nicht gefunden werden kann, werden Männer, die in der letzten Zeit, in der Verbrecherbeutezüge der SPD die Grenzlande schützten, zum Tode verurteilt, ohne ihnen die geringste Straftat nachweisen zu können. Das leidende Volk wird einst über alle diese Zahlen Abrechnung halten und Recht sprechen nach dem Rechtsempfinden des deutschen Mannes. Hoffen wir, dass der Hanf um diese Zeit einen starken Wuchs zeigt

In einer anderen Versammlung in Zittau rief er aus: "Herrgott, gib uns für den Tag, den wir ersehnen, recht viele gute hanfene Stricke!" Dieser Pfarrer, der für den Galgen schwärmt, der verlogene Verleumdungen und Mordhetze öffentlich betreibt, beschimpft das Christentum und die Kirche, der er angehört, mehr als es die plumpste antikirchliche Agitation jemals tun könnte. Wir fragen: Gilt für diese Art von Pfarrern die Notverordnung auch?

Eheglück bei Prinzen.

Seit einiger Zeit läuft das Gerücht um, dass die jüngst geschlossene Ehe des italienischen Kronprinzen mit einer belgischen Prinzessin so verunglückt sei, dass die junge Frau zu ihren Eltern zurückgekehrt sei und die Scheidung betrieben werde. Die katholische Presse bemüht sich, die Angelegenheit zu dementieren. Und so finden wir im "Bayerischen Kurier" unter der Überschrift "Eheglück bei Prinzen" eine ausführliche Darlegung, dass die Gerüchte nicht auf Tatsachen beruhen. Man fragt sich, welchen Motiven das starke Interesse entspringt. Das eine Motiv ist klar: man will nicht, dass nach der neuesten Enzyklika des Papstes auch nur die Eventualität der Scheidung einer katholischen Ehe bei Prinzen erörtert werde. Das andere Motiv ist etwas versteckter: wenn sich der "Völkische Beobachter" in München für Mussolini interessiert, so der "Bayerische Kurier" für den Kronprinzen Humbert. Der "Völkische Beobachter", das ist der deutsche Faschismus, und der "Bayerische Kurier" der deutsche Klerikalismus. Mussolini aber verhält sich zu dem italienischen Kronprinzen Humbert wie Hitler zu dem Exkronprinzen Rupprecht, nur dass die Spannung zwischen den beiden Italienern noch wesentlich schärfer ist. Das "Eheglück bei Prinzen" offenbart die Ausstrahlungen der italienischen Zustände auf München!

Der geschäftstüchtige Goebbels.

Herr Goebbels, der Reichspropagandaleiter der Hitlerpartei, verlautbart im "Völkischen Beobachter": "Die Reichspropagandaleitung verbietet hiermit ausdrücklich, dass bei Veranstaltungen der NSDAP die Sunwend-Schallplatten, die im Sunwend-Verlag erscheinen, vorgeführt werden. Desgleichen wird hiermit allen Parteistellen irgendwelche Propaganda für diese Schallplatten ausdrücklich verboten. Die Reichspropagandaleitung hat sich davon überzeugt, dass diese Platten unzulänglich sind." Der Kundige fragt sich: Warum und wieso, ist der Sunwend-Verlag der notorischen Eitelkeit des kleinen Goebbels nicht genügend entgegengekommen, oder haben seine Leiter sich geweigert, Spenden für den Kampfschatz der Hitlerpartei zu geben? Ganz von ungefähr und nur wegen der Unzulänglichkeit ist diese Anordnung nicht ergangen!

W. F. Aus s. aller Welt

"NSDMP"

Vom Berliner Schlachtfeld der Nationalsozialistischen deutschen Mordpartei -
Eine aufschlussreiche Gerichtsverhandlung.

SPD. Vor dem Schwurgericht III in Berlin=Moabit stehen sechs Nationalsozialisten unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und des schweren Landfriedensbruchs. Es handelt sich um die Aburteilung einer besonders niederträchtigen und rohen Tat, der ein kommunistischer Arbeiter namens Schirmer zum Opfer fiel.

Man braucht sie nur anzusehen, die Angeklagten Paul Markowski, Fritz Domning, seinen Bruder Konrad Domning, einen Konditor Kurt Becker, den Auch=Arbeiter Martin Froschhauer und den Schlächter Paul Foyer und man weiss genug. Gewalttätige, unsympathische, verlogene Typen=, Strandgut der politischen Unterwelt, "weltanschauliche" Betätigung im Grunde nichts anderes als ein exaltiertes Austoben ihrer brutalen Instinkte bedeutet; Lumpenproletarier, die entwurzelt, degeneriert, als Puppen immuner Drahtzieher, ihre eigenen Klassengenossen überfallen und morden. Einer der Banditen ist noch flüchtig. Die Angeklagten sind grösstenteils vorbestraft; der eine wegen Körperverletzung, der andere wegen Diebstahls, der dritte wegen unerlaubten Waffenbesitzes und so fort.

Mit Fäusten, Koppeln, Peitschen, Messern...

Die Untat, die jetzt vor dem Schwurgericht III gesühnt werden soll, spielte sich am 29. Januar dieses Jahres in und vor dem berühmten Nazi=Sturmlokal in der Hebbelstrasse in Charlottenburg ab. Von hier aus ist schon so mancher blutige Ueberfall auf politisch Andersdenkende organisiert worden; auch die Mörder des Arbeiters Grüneberg, der unter besonders empörenden Umständen von SA=Strolchen niedergemacht wurde, kamen aus dem Hakenkreuz=Hauptquartier in der Hebbelstrasse. Am Abend des 29. Januar ging der Arbeiter Schirmer mit vier Freunden in Unkenntnis der charakteristischen Merkmale des Lokals in die Nazi=Destille, um dort noch ein Glas Bier zu trinken. Kaum waren Schirmer und seine Kollegen im Schankraum angelangt, als die dort anwesenden, bereits sehr stark animierten Nazis sogleich zu pöbeln begannen. Man ging auf Schirmer und seine Freunde los und schrie sie an: "Was wollt Ihr Burschen denn hier? Ihr wollt wohl hier rumsplündern?" Der jetzt flüchtige Nazi, ein SA=Mann namens Klemt, ging auf einen Kollegen Schirmers zu und brüllte ihn an: "Sieh mal an, das freche Schwein stolcht hier rum! Raus mit dem Kerl!" Gleich darauf stürzte sich die ganze Meute auf die fünf Ueberraschten, die sogleich versuchten, das Freie zu gewinnen. Das war aber nicht leicht. Die Nazis schlugen mit Koppeln, Fäusten und Hundepeitschen auf die fünf Arbeiter ein, die aus vielen Wunden blutend, verzweifelt danach trachteten, aus dem Lokal ins Freie zu gelangen. Bei dem Einprügeln auf Schirmer und die Seinen tat sich besonders der jetzige Angeklagte Froschhauer hervor, der aus der Wirtsküche eine riesige Peitsche herbeischleppte und mit ihr wie ein Berserker auf das Häuflein der Kommunisten einschlug. Als die Unglücklichen die Tür erreicht hatten, stellte sich ihnen der Angeklagte Konrad Domning entgegen, der den Ausgang versperrt

hielt. Nach fürchterlichen Misshandlungen gelangten die Fünf endlich auf die Strasse, indem sie die Türscheiben einschlugen und durch die Fensterrahmen ins Freie sprangen. Auf dieser Flucht vor den entfesselten Hitler=Bestien erhielt der später verstorbene Max Schirmer drei schwere Stiche in den Rücken.

Schirmers furchtbares Ende.

Schirmer gelang es in schwerverletztem Zustand einen Schupomann auf seine Lage aufmerksam zu machen. Der Polizist setzte den fürchterlich Zugerichteten in ein Auto, um ihn ins Krankenhaus zu fahren. Aber ehe der Beamte den Verletzten abtransportieren konnte, stürzten die Nazis aus ihrem Lokal heraus, rissen den über und über mit Blut Besudelten durch das Wagenfenster ins Freie, und schlugen erneut in geradezu unmenschlicher Weise auf den Mann ein. Wenn es auch Schirmer nachher gelang, noch lebend zu entkommen, so war sein Schicksal doch besiegelt. 48 Stunden später verstarb er unter unsäglichen Schmerzen an den zahllosen Wunden, die er bei dem Ueberfall davon getragen hatte.

Jetzt sind die Mörder feige wie immer!

Besonders widerwärtig ist es, zu sehen, wie diese rohen Hitlergesellen, denen ein Menschenleben keinen Pfifferling wert ist, sich jetzt vor Gericht feige und erbärmlich herauszuschwindeln versuchen. Markowski zum Beispiel, der als einer der Hauptmesserstecher und Krakeeler erkannt worden ist, will zurückhaltend wie ein Lamm gewesen sein. Angeblich besass er überhaupt keine Waffe und war an dem ganzen Vorfall unbeteiligt. Anschliessend hält er einen kleinen Vortrag, in dem er sich sozusagen zum politischen Pazifismus bekennt und die Hitlersche "legale" Auseinandersetzung mit sogenannten geistigen Waffen propagiert. Zum Totschlag kommt also noch der Hohn. Natürlich hat Markowski weder gesehen, dass auf den gemordeten Schirmer eingestochen worden ist, noch hat er dem "bischen Prügelei" überhaupt eine ernsthafte Bedeutung beigelegt. Dabei gehört Markowski wahrscheinlich zu den Leuten, die dem Schupobeamen, der dem unglücklichen Schirmer die erste Hilfe brachte, die gemütvollen Worte zurief: "Sehen Sie mal, das Schwein kann ja noch laufen!" Konrad Domning spielt ebenfalls den Naiven, er will an der Schlägerei in keiner Weise beteiligt gewesen sein. Im übrigen plädiert auch er für völlige Gewaltlosigkeit, eine merkwürdige These für einen Menschen, gegen den noch ein weiteres Verfahren wegen versuchten Totschlags läuft. Domning ist nämlich auch an der Mordtat an dem Arbeiter Grünberg beteiligt gewesen. Die übrigen Angeklagten spielen die gleiche Komödie- Sie rühmen u.a. den verbindlichen Ton, den sie den fremden Gästen gegenüber angeschlagen haben und behaupten entgegen der Wahrheit, dass die Fünf die 30 - 30 bewaffneten SA=Leute sogleich beleidigt und beschimpft hätten. Man ist ja schon allerhand an feigen Ausflüchten bei Nazi=Angeklagten gewohnt, aber das Verhalten der Mörder des Arbeiters Schirmer setzt dieser bübischen Taktik wirklich die Krone auf. Im übrigen sollen die sechs nationalsozialistischen Messerhelden noch sämtlich Mitglieder der NSDAP sein. Wie reimt sich das mit dem bombastischen Legalitätsbeteuerungen des Münchener Osaf zusammen, mit denen er von Zeit zu Zeit die Oeffentlichkeit zu bombardieren pflegt?!

+ + +
Streit um einen Königsschädel. Zu einem hochpolitischen Akt im Völkerbunds rat droht die Forderung Englands an Deutschland um Auslieferung des Schädel des Negerkönigs Makaua zu werden. Nach Artikel 246 des Versailler Vertrages haben wir diese Verpflichtung übernommen, aber woher sollen wir den Schädel nehmen, wenn er nicht da ist? Von Zeit zu Zeit erinnert eine Negerabordnung die englische Krone an dieses Versprechen, das man ihnen für ihre Beteiligung am Weltkrieg gegeben hat. Die Neger sind des festen Glaubens, dass der Schädel ihres alten Königs übernatürliche Kräfte besitze und verbinden mit der Rückkehr des Schädel in sein Vaterland die Ideologie, dass dann das grosse geeinte Negerland erstehen wird. Makaua war vor einem Menschenalter Häuptling der Wahehe und soll im Kampfe mit der deutschen Schutztruppe gefallen sein. Niemand weiss etwas von dem Ort, wo sich der Schädel des Königs befindet, und selbst der Friedensvertrag wird Deutschland nicht zu zwingen vermögen, einen Schädel auszuliefern den es nicht besitzt. + + +

Abgebranntes Schwedendorf. Die südschwedische Ortschaft Blentarp (Provinz Schonem) ist durch eine Feuersbrunst fast völlig eingeäschert worden. Das Feuer brach kurz nach dem Morgenunterricht im Volksschulgebäude aus und erfasste in wenigen Minuten die umliegenden Bauernhöfe, deren Strohdächer dem Brand reichlich Nahrung gaben.

Wettkampf zwischen Beefsteak und Banane. Im Anschluss an eine spannende Radiodiskussion zwischen einem Verfechter der Fleischnahrung und dem bekannten dänischen Vorkämpfer für vegetarische Ernährung Dr. Hindhede, die im Kopenhagener Rundfunk stattfand, wird im Mai ein Radrennen zwischen dem Fleischernährten und dem Versuchsobjekt Dr. Hindhedes, einem Manne, der seit vielen Jahren ausschliesslich nach den vegetarischen Kochrezepten Hindhedes gelebt hat, auskämpft werden. Die nahezu gleich alten und gleich schweren Kombattanten sollen zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen bezgl. des Grades der Ermüdung, der Kräfteüberlegenheit, des Blutdrucks, usw. gemacht werden. In ganz Dänemark bringt man dem Austrag dieses "Kampfes zwischen Beefsteak und Banane" lebhaftes Interesse entgegen.

Feuer im Bergmanns-Spital! In Bochum-Langendreer brach am Dienstag-Nachmittag gegen zwei Uhr im Knappschafts-Krankenhaus Grossfeuer aus, das den gesamten Dachstuhl zerstörte. Es gelang der Feuerwehr und den Hilfsmannschaften, alle Kranken unverletzt zu bergen.

150 000 Mark unterschlagen. Grossen Unterschlagungen kam man in der Berliner Zentrale der Deutschen Allgemeinen Versicherungsgesellschaft auf die Spur. Der Schuldige ist offenbar der flüchtige Oberbuchhalter Fritz Klarr, der den Weg seiner Flucht nach Italien genommen zu haben scheint. Die Summe der von ihm veruntreuten Gelder, die auf Spielplätzen verwettet wurden, beläuft sich auf ungefähr 150 000 Mark.

Auch die Sardellen streiken. In Holland befürchtet man den Verlust eines einträglichen Marktes, nämlich den des Sardellenfangs. Der grosse Abschlussdamm, der die Zuidersee vom Meere absperren soll und Ende 1931 fast vollkommen fertiggestellt sein wird, verhindert den Zugang der Sardellen, die das Brackwasser in grossen Mengen zum Ablaichen aufsuchen.

Geduld. Seit 23 Jahren wird in dem Irrenhaus in Matteawan in USA. ein Mann namens Fred Day festgehalten, der jetzt bei seinem 61. Versuch, durch eine Eingabe an das Bezirksgericht seine Gesundheit zu beweisen, wieder abgewiesen wurde. War er nicht irrsinnig bei seiner Einlieferung, hätte er es inzwischen werden können.

Eine katastrophale Quelle. Bonnelière in der Nähe von Rochefort (Frankreich) wurde plötzlich von einer neuen Quelle überschwemmt. Die Quelle ist so und diese in die Gefahr des Einsturzes bringt.

Elli Beinhorns Pech. Das Klemm-Flugzeug "D 1713", mit dem die deutsche Afrika-Fliegerin Elli Beinhorn den Rückflug von Bissao nach Deutschland angetreten hatte und das sie nach einer Notlandung in der Wüste im Stiche lassen musste, kann leider nicht gerettet werden. Elli Beinhorn war, wie gemeldet, vier Tage durch die Wüste nach Timbuktu gelaufen, um Hilfsmannschaften zu holen. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Flugzeug vom Wüstensand, in dem es lag, nach einem geeigneten Startplatz zu schleppen. Elli Beinhorn haute nur den Motor heraus, der Apparat selbst bleibt unversehrt in der Wüste zurück. Voraussichtlich wird Elli Beinhorn von Timbuktu aus mit einer anderen Maschine den Weiterflug nach Deutschland antreten.

Wirtschaft Technik Handel

Festigung in der Textilindustrie.

SPD. Prophezeien ist schwer; für die Textilindustrie scheint das doppelt zuzutreffen. Bei der Beurteilung der Lage dieser Industrie hat man lernen müssen, in seinen Äusserungen vorsichtig zu sein. Als man gegen Jahresanfang den traditionellen Rückblick tat, liess sich nur von getäuschten Hoffnungen sprechen. Dann begann man aber, gewissermassen um sich für die Enttäuschungen zu entschädigen, mit neuen tröstlichen Versicherungen über einen baldigen und gründlichen Umschwung.

Diese Prognose hatte gerade kein allzu festes Fundament. Da waren allerdings die Rohstoffpreise, die nach scharfem Sturz so etwas wie Neigung zeigten, sich zu stabilisieren. Dann kamen die Ausverkäufe, die immerhin die Läger stärker räumten als man erwartet hatte. Etwas half auch die Mode mit. Und schliesslich kam die Hoffnung, dass sich die grosse Bedarfsstauung endlich in Nachfrage umsetze. Lange genug habe man sich des Kaufs von Textilien enthalten. Diese Enthaltensamkeit lasse sich aber nicht ewig aufrecht erhalten.

Im grossen und ganzen waren es recht undeutliche Anhaltspunkte, mit deren Hilfe man die Zukunft enträtseln wollte.

Die Optimisten haben recht behalten. Heute kann man von einer gewissen Festigung der Textilindustrie sprechen. Wenn auch, wie das Institut für Konjunkturforschung sagt, die Besserung noch schlecht zu erkennen ist, so sei doch auf den Rohstoffmärkten eine Beruhigung eingetreten und dass sei eine wichtige Voraussetzung für bessere Verhältnisse.

Bei der Beurteilung der Lage in der Textilindustrie muss immer wieder ein wichtiger Umstand in Betracht gezogen werden: Die Textilindustrie ist ein grosser Industriezweig, mit einer ungeheuren Verästelung. Es gibt in ihr viele Grossbetriebe mit tausenden von Arbeitern, die fast automatisch ihren Gang einstellen, sobald das Schwungrad der Schlüsselindustrie langsamer läuft. Daneben existiert eine Unzahl von Mittel- und Kleinbetrieben, die sich dem schwankenden Bedarf anpassen: sie feiern heute ganz, führen morgen die vorliegenden Aufträge in Vollbeschäftigung aus und arbeiten übermorgen verkürzt. Diese Art zu produzieren ist z.B. typisch für die Tuchindustrie. Wir finden wohl zur Zeit in fast allen Gegenden, wo diese dominiert, also in Rheinland, in Sachsen und in Niederlausitz, Ansätze zur Belebung, müssen aber immer wieder viele Betriebe feststellen, die stark verkürzt arbeiten oder Entlassungen vornehmen. So erhielt Forst, das Niederlausitzer Zentrum, kurzfristige Aufträge für Tweedartikel in englischem Geschmack. Andere Aufträge gingen aber nur wenig ein.

Am besten ist noch die Kammgarnspinnerei beschäftigt. In Leipzig war es sogar schwierig, Facharbeiterinnen für die zweite Schicht eines Betriebes zu beschaffen. Zu der Frage der Beschaffung von Arbeitskräften ist ganz allgemein zu sagen, dass selbstverständlich die Schwierigkeiten, mit denen man früher zu rechnen hatte, heute nicht mehr bestehen. Ein grosser Teil der Arbeiter ist durch die verbesserten Produktionsmethoden freigesetzt worden. So stehen mehr Arbeiter zur Verfügung als die Produktion braucht, was früher nicht immer der Fall war.

Die Lage in der Baumwollindustrie ist völlig einheitlich. Stark prägt sich immer noch die Kurzarbeit aus. Dagegen haben die ostsächsischen Frottierwebereien guten Geschäftsgang. In Schlesien kommen gleichmässig Einstellungen

und Entlassungen vor. Die westfälischen Betriebe, die Spezialartikel herstellen, verzeichnen leichte Belebung. Auch ein sächsischer Hauptindustriezweig, die Wirkerei und Strickerei, kann ebenfalls einen Aufschwung verzeichnen, obgleich in einzelnen Gebieten, so z.B. im Erzgebirge, der Fortschritt kaum erwähnenswert ist. In Thüringen (Apolda) wurden Neueinstellungen vorgenommen und sogar Doppelschichten eingelegt. Dagegen sind in anderen Teilen Mitteldeutschlands wieder Entlassungen und Betriebsstillegungen zu verzeichnen. Die Stickerie des Vogtlandes zeigt Besserungserscheinungen. Nicht ganz so günstig wird die Lage in Berlin beurteilt, wo sich eine Anzahl von Stickeriebetrieben befindet.

In der schlesischen Bastfaserindustrie (Leinen) ist eine Stilllegung zu verzeichnen; auch für Bautzen liegt Stilllegungsantrag vor. Ein Zeichen der Anarchie unserer kapitalistischen Wirtschaft ist wohl die Tatsache, dass in der Juteindustrie, die stark verkürzt arbeitet, eine neue Fabrik (Emsdetten) errichtet wird. Man spekuliert eben darauf, durch bessere Produktionsmethoden einen Teil des Geschäfts an sich zu ziehen. Die Seidenindustrie weist in ihren Hauptgebieten befriedigenden Beschäftigungsgrad auf, ebenso die Kunstseidenindustrie, die neuerdings stärkeren Auftrieb erhalten hat. Uneinheitlich ist die Lage der Teppichindustrie.

Die deutsche Textilindustrie wird durch die Tatsache charakterisiert, dass ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft ausserhalb der Produktion steht. Die fortschreitende Rationalisierung macht in jedem Monat neue Arbeitskräfte frei. Diese Tatsache muss für eine kommende Konjunktur berücksichtigt werden und zwar ist heute schon zu sagen, dass unter keinen Umständen eine Produktionssteigerung durch Erhöhung der Arbeitszeit auf das übliche, überspannte Mass erzielt werden darf. Für eine Produktionssteigerung müssen in erster Linie Neueinstellungen in Frage kommen. Gegenüber der technischen Uebersteigerung muss so nach einem Ausgleich gesucht werden.

SPD. Der vom Zentralverband deutscher Konsumvereine aufgestellte Ernährungsindex, aus dem klar hervorgeht, dass die Konsumgenossenschaften billiger verkaufen als der private Handel, ist von dem Privathandel heftig angegriffen worden.

So hat die Vertretung des deutschen Einzelhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die Behauptung aufgestellt, dass die Konsumgenossenschaften "offenbar die Preise für die vergangenen Jahre auf Grund früherer Preislisten ermittelt" hätten. Gegen eine derartige Preisermittlung - so sagt die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels - sei jedoch der Einwand berechtigt, dass "die tatsächlich geforderten Preise mit den Listenpreisen keineswegs immer übereinstimmen". Dieses Selbstbekenntnis der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ist nicht ohne Reiz. Es gibt den Anlass zur Aufwerfung der Frage, ob der Einzelhandel vielleicht bisher der amtlichen Preisermittlung für die Zusammenstellung des amtlichen Ernährungsindex die Listenpreise zugrunde gelegt hat, "die mit den tatsächlich geforderten Preisen keineswegs immer übereinstimmen". Sollte dies der Fall sein, so verdient der Hinweis auf die besonders grosse Zuverlässigkeit der Ermittlungen für den Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex eine noch stärkere Betonung.

In den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes stimmen die tatsächlich geforderten Preise stets mit den Listenpreisen überein. Die Konsumgenossenschaften kennen die fragwürdige Gepflogenheit privatwirtschaftlicher Betriebe nicht, andere Preise zu fordern, als in den Listen verzeichnet sind. Die strenge Einhaltung der Listenpreise ist in den Konsumgenossenschaften durch die ständige Prüfung und Ueberwachung der Bedarfsgüterabgabe unbedingt verbürgt. Diese Gewähr scheint nach der Auslegung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in den Betrieben des Einzelhandels nicht allgemein geboten zu sein. Deshalb verdient das völlig einwandfreie Preisgebaren der Konsum-

genossenschaften eine besondere Würdigung und Wertschätzung. Die Belastungs-
scheine der Konsumgenossenschaften, die auf Grund der zweifachen unterschrit=
lichen Anerkennung durch den Bedarfsgüterlieferanten (die verantwortliche Lei=
tung des Hauptlagerbetriebes) und durch den Bedarfsgüterverteiler (die ver=
antwortliche Leitung der Verteilungsstellen) als Urkunden gelten müsse, bilde=
ten die unanfechtbare Grundlage der konsumgenossenschaftlichen Preisermittlun=
gen für die Jahre 1926 bis 1930.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels legt ein besonderes Ge=
wicht auf die Feststellung, dass der konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex
im Jahre 1926 über dem amtlichen Ernährungsindex gelegen habe. Dieser Hinweis
büsst seinen Wert jedoch völlig ein, wenn berücksichtigt wird, dass die Lebens=
mittelpreise des Einzelhandels nach dem konsumgenossenschaftlichen Ernährungs=
index in den Jahren von 1927 bis 1929 durchschnittlich um rund 3 Prozent hö=
her gelegen haben als die Preise der Konsumgenossenschaften. Wird zu diesen
Preisvorteilen, die die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern in diesen
drei Jahren boten, noch die nachweisbar von den Konsumgenossenschaften ausge=
schüttete Rückvergütung von 4 bis 4,5 Prozent hinzugerechnet, so zeigt sich das
grosse Ausmass des Nutzers, der den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften
durch die gemeinsame Bedarfsdeckung entsteht.

Diese Feststellung wird auch durch das Drehen und Deuteln an dem konsum=
genossenschaftlichen Ernährungsindex nicht beeinträchtigt. So gut wie jetzt
versucht wird, den konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex durch die Ein=
beziehung des Jahres 1925 für die Konsumgenossenschaften ungünstiger zu ge=
stalten, so gut kann auch das Jahr 1924 - für das die Konsumgenossenschaften
einen besonders günstigen Preisstand nachzuweisen haben - in die Berechnung ei=
bezogen werden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat jedoch von der
Einbeziehung des Jahres 1924 Abstand genommen, weil er die keineswegs normale
Preisbildung in diesem ersten Jahre nach der Geldentwertung nicht als einen
geeigneten Masstab für die Beurteilung und Ermittlung der Ernährungsindex an=
sehen kann. Dies trifft jedoch auch z.T. für das Jahr 1925 zu. Eine gewisse
Gleichmässigkeit und Sicherheit in der Preisbildung konnte in der deutschen
Wirtschaft erst vom Jahre 1926 an beobachtet werden. Aus diesem Grunde ist der
konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex auf der Grundlage der Feststellungen
für das Jahr 1926 aufgestellt worden.

Der konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex wird nach der gleichen
Methode und nach den gleichen Grundsätzen aufgestellt, die für die Aufstellung
des amtlichen Ernährungsindex gelten. Die Mängel des amtlichen Ernährungs=
indexes sind also auch in dem konsumgenossenschaftlichen Index enthalten. Die
konsumgenossenschaftlichen Preisermittlungen sind deshalb mindestens so zuver=
lässig wie die amtlichen Preisermittlungen. Diese Feststellung werden die
Kenner der amtlichen und der konsumgenossenschaftlichen Preisermittlungen be=
stätigen.

SPD. Der Stand der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Er=
nährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung und sonstiger Bedarf)
beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den
Durchschnitt des Monats März auf 137,7 gegenüber 138,8 im Vormonat. Sie ist
somit um 0,8 v.H. zurückgegangen. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Be=
darfsgruppen Ernährung, Bekleidung und sonstiger Bedarf beteiligt und zwar
sind zurückgegangen die Indexziffer für Ernährung um 1,1 v.H. auf 129,6, für
Bekleidung um 1,5 auf 142,5, für sonstigen Bedarf um 0,6 auf 185,5. Die Index=
ziffer für Wohnung ist mit 131,8 unverändert, die Indexziffer für Heizung und
Beleuchtung mit 150,3 nahezu unverändert geblieben.

+ + +

Der Teuerungsindex ist im Monat März nur um 0,8 % zurückgegangen. Das Tempo in der Verminderung ist also bedeutend langsamer geworden. Das heisst mit anderen Worten: die Preisabflachung stösst auf immer grössere Hemmungen. Sie ist in Gefahr geraten, vollständig abgestoppt zu werden, während der Lohnabbau weiter geht.

Die Abflachung des Teuerungsindex um 0,8 % sieht auch ganz anders aus, wenn man berücksichtigt, auf welchen Faktoren die Abflachung beruht. Hier scheiden Wohnung, Heizung und Beleuchtung überhaupt aus. Das sind die starren Unkostenfaktoren, die ja einer Verbilligung der Lebenshaltung von vornherein im Wege standen. Die Preissenkungsaktion der Regierung hat sich gegen diese Faktoren nicht durchsetzen können. So kommen für die Verbilligung der Lebenshaltung in der Hauptsache Ernährung und Bekleidung in Frage.

Ohne Zweifel hat sich der Bekleidungsindex ermässigt. Für die 72 deutschen Gemeinden, die vom Reichsstatistischen Amt erfasst werden, ergibt sich für den Index (Preise 1925 bis 1929 = 100 gesetzt) in der Zeit von Februar 1930 bis Februar 1931 eine Abflachung um 14,5 auf 86,4. Die vom Statistischen Reichsamt nachgewiesene Preisermässigung bleibt also hinter den Angaben des privaten Handels weit zurück, der von einem Rückgang zwischen 20 und 40 % spricht. Hier muss auch eingefügt werden, dass der Preisrückgang in Textilien gar nicht auf einer echten Preisermässigung beruht. Er geht vielmehr auf eine Qualitätsverschlechterung zurück. Die Preise sind im Textilhandel - und in den anderen Bedarfsbranchen wird es gerade so sein - wohl ermässigt worden; mit dem Preisniveau hat sich aber auch das Qualitätsniveau gesenkt. Was hier als Preisermässigung reklamiert wird, ist gewöhnlich gar keine Preisermässigung. Von einer Anpassung der Einzelhandelspreise, also der Preise, die der Konsument zahlt, an die stark gefallenen Rohstoffpreise, also die Preise, die der Fabrikant bezahlen muss, kann gar keine Rede sein.

Im Durchschnitt der oben erwähnten 72 Gemeinden (Preise 1925/29 = 100 gesetzt) errechnet das Reichsstatistische Amt bis Februar 1931 für das verflossene Jahr einen Rückgang im Ernährungsindex 11,5 Punkte. Die Verbilligungstendenz hat sich aber festgelaufen. Das beweist eine Vergleichung der Preise wichtiger Lebensmittel im Monat Januar 1931 und Februar 1931. So hat sich der Preisindex für Brot und Mehl im Durchschnitt der vom Reichsstatistischen Amt erfassten 72 Gemeinden mit 93,7 % nicht verändert. Die Preise sind durchaus stabil geblieben. Wenn die Regierung nun auch die Bestrebungen der Bäcker, höhere Preise durchzusetzen, fürs erste abgelenkt hat, muss man doch annehmen, dass die Preise für Brot und Mehl im Monat März 1931 eher Richtung nach oben zeigen. Von Bedeutung ist ja auch, dass der Preisindex für Weizenkleingebäck, immer im Durchschnitt der vom Reichsstatistischen Amt erfassten 72 Gemeinden, in Jahresfrist bis Februar 1931 sich um 3,9 % gesteigert hat. Die Bäcker haben also die Preisermässigung für Brot und Mehl z.T. durch Erhöhung der Preise für Weizenkleingebäck und auch für Weizenmehl ausgeglichen.

Wenn sich der Ernährungsindex für den Monat März noch gesenkt hat, dann beruht das auf einer weiteren Ermässigung des Preisindex für Fleisch, Fleischwaren und Fische. Der entsprechende Index ging von 91,7 % im Januar auf 87 im Februar zurück. Andererseits stiegen in den Wintermonaten die Preise für Kartoffeln und Gemüse an. Im März bahnt sich eine Entlastung der Märkte an, die darauf beruht, dass die Kartoffelmieten geöffnet werden können, ausländisches Gemüse auf den Markt kommt usw. Weiter wird der Markt reichlicher mit Eiern versorgt, was zu dem bekannten Preissturz für Eier führt.

Der Rückgang des Ernährungsindex im Monat März beruht also auf Saisonerscheinungen. Sie haben mit der Preissenkungsaktion der Regierung nichts zu tun, wiederholen sich alljährlich und sind als Argument für die Lohnpolitik nicht zu gebrauchen. Vielmehr herrscht der Eindruck vor, dass die Preise mit einer saisonmässigen Belegung der Arbeitsmärkte mehr nach oben gerichtet sind.

SPD. Am Dienstag wurde auf den Felsen der St. Matgaret's Bay bei Dover in England durch den International Telephone and Telegraph Konzern eine neue Ultra-Kurzwellen-Fernsprech- und Telegraphieeinrichtung in einer Verbindung zwischen Dover und Calais erfolgreich durchgeführt. Dabei wurden zum ersten Mal Schwingungen mit der ausserordentlichen kurzen Wellenlänge von 18 cm - man nennt solche kurzen Längen Mikrostrahlen - zur Herstellung einer Funksprechverbindung mit Gegenverkehr benutzt.

Obwohl eine Anzahl Forscher bereits in der Erregung und Anwendung von Schwingungen solcher Wellenlängen erfolgreich waren, ist bisher nichts erreicht worden, das über Laboratoriumsarbeiten hinausgeht. Der durch die Vorführungen in Dover gezeigte ausserordentliche technische Fortschritt sowohl hinsichtlich der überbrückten Entfernungen als auch der erzielten Ergebnisse öffnet endgültig den Wellenbereich von 10 bis 100 cm der praktischen und kommerziellen Ausnutzung.

Bei der Vorführung stellte man zwischen einer Funkstelle auf dem Felsen der St. Margarets Bay in der Nähe von Dover und einer zweiten Funkstelle bei Blanc Nez in der Umgebung von Calais eine drahtlose Verbindung her. Für diesen Gegensprechverkehr wurde die Wellenlänge von 18 cm benutzt. Bemerkenswerterweise entsprechen die Güte der empfangenen Sprache vollkommen der Uebertragung auf einer guten, normalen Fernsprechverbindung; ferner zeigte die Verbindung keinerlei Anzeichen eines Fadings, von welcher Erscheinung Wellen dieser Frequenz sichtlich befreit sind.

Im Vergleich mit den mehr gebräuchlicheren Wellenlängen besitzen solche Strahlen viele bemerkenswerte Eigenschaften. Ihre ausserordentlich kurze Wellenlänge gestattet die Anwendung elektrooptischer Vorrichtungen, wie sie sonst nur in Verbindung mit Lichtstrahlen benutzt werden, so z.B. von Reflektoren und Refraktoren. Eine weitere Aehnlichkeit zwischen diesen Strahlen und dem Licht besteht darin, dass gegenseitige Sichtbarkeit von Sender und Empfänger vorhanden sein muss oder sich wenigstens kein leitendes Hindernis von allzu grossen Ausmassen zwischen beiden befinden darf, obwohl Nebel, Regen und ähnliche klimatische Einflüsse, ebenso wie Tag und Nacht, die Fortpflanzung der Wellen nicht wesentlich stören.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Preissteigerung für sogenannte Feiertagsschweine und Osterlämmer setzte sich fort. Lämmer konnten besonders gewinnen, da das Angebot nicht besonders reichlich war. Auf dem Schweinemarkt waren fette Tiere schwer verkäuflich. Der Auftrieb auf dem Kälber- und Rindermarkt entsprach nicht der Nachfrage. Das zeigte sich besonders in den für Kälber angelegten Preisen. Hier betragen die Erhöhungen teilweise bis 3 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht. Kühe konnten die letzten Preise behaupten. Für gute Bullen zogen die Preise an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32 - 37 (voriger Markt 32 - 37), b) 26 - 31 (26-31), c) 21-25 (21-25), d) 18-20 (16-20), Kälber: a) - (-), b) 65-73 (62-70), c) 55-68 (52-65), d) 38-50 (45-48). Schweine: a) (über 300 Pfund) 48 (48-49), b) (240-300 Pfund) 49-50 (48-49), c) (200-240 Pfd.) 48-50 (47-49), d) (160-200 Pfd.) 46-50 (45-48), e) (120-160 Pfd.) 44-47 (43-45) f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 43 (42 -43).

Im Schatten der Feiertage.

(Berliner Getreidebörse vom 31. März)

SPD. Infolge der bevorstehenden Osterfeiertage hatte die Berliner Produktenbörse schon am Dienstag sehr ruhigen Verkehr. Die Umsatztätigkeit blieb recht eingeschränkt, wenn auch die Grundstimmung im allgemeinen gut stetig war. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten sich bei knappen Umsätzen sogar leichte Preissteigerungen durchsetzen. In effektiver Ware war das Angebot in Weizen sehr knapp; jedoch konnten bei genügender Nachfrage die Preise sich voll behaupten. Für Roggen zeigte sich noch mehr Kaufinteresse der Mühlen, sodass auch hier für das geringfügige Angebot unveränderte Preise erzielt wurden. Mehl hatte sehr kleines Geschäft. Es zeigte sich keinerlei Kauflust, die über den dringendsten Tagesbedarf hinausgeht. Auch Hafer hatte sehr ruhige Tendenz. Angebot und Nachfrage waren klein und hielten sich ungefähr die Waage.

	<u>30. März</u>	<u>31. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	283 - 285	284 - 286
Roggen	183 - 185	183 - 185
Braugerste	228 - 238	228 - 240
Futter- und Industriergerste	210 - 227	210 - 227
Hafer	162 - 166	162 - 166
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	28,85 - 29,25	26,00 - 29,25
Weizenkleie	13,30 - 13,60	13,30 - 13,60
Roggenkleie	12,80 - 13,00	12,90 - 13,10

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 303 - 304, Mai 303½ bis 305, Juli 303. Roggen März 200, Mai 199-200½, Juli 195½-197, Hafer März 174, Mai 176½-178½-178, Juli 185½ - 187½.

Raufutternotierungen

(31. März)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rd	0,55 - 0,70
" " Weizenstroh "	Rd	0,55 - 0,65
" " Haferstroh "	Rd	0,50 - 0,70
" " Gerstenstroh "	Rd	0,50 - 0,65
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	Rd	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rd	0,60 - 0,75
" " Weizenstroh	Rd	0,50 - 0,65
Häcksel	Rd	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	Rd	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	Rd	1,85 - 2,25
Luzerne, lose	Rd	2,75 - 3,00
Thymothee, lose	Rd	2,90 - 3,25
Kleeheu, lose	Rd	2,60 - 3,10
Mielitz-Heu, lose, rein (Warthe)	Rd	1,60 - 1,80
" " " (Havel)	Rd	1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	Rd	0,30 über Notiz.

Tendenz stetig.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Angstruf der Faschisten.

Neue katholische Gewerkschaftsbewegung?

SPD. Der "Lavoro Fascista", das Organ der faschistischen Gewerkschaften Italiens, schreit entsetzt auf: "Es ist nunmehr völlig klar, dass man versucht, Kaders zu bilden, die morgen die leitenden Kreise des Faschismus ersetzen können, und dass zu dieser Aufgabe Männer berufen werden, die durch eine gar zu ruhmlose Vergangenheit erledigt sein sollten."

Was geht in Mussolinien vor, dass die Faschistenorgane derartige Angst- und Alarmrufe ausstossen? Wer versucht dem Faschismus zu Leibe zu rücken? Wenn sich die Faschisten schon so aufgeregt gebärden, dann muss der Feind, gegen den sie Alarm schlagen, recht ernst zu nehmen sein. Und wer ist die Macht in Italien, vor der der Faschismus Angst haben muss? Antwort: der Vatikan.

Der Unterstaatssekretär am Vatikan Monsignore Pizzardo hat kürzlich an den Beratungen sämtlicher Leiter der vom Vatikan besonders geförderten "Azione Cattolica", des grossen katholischen Verbandes für Jugendpflege und andere katholische Zwecke offiziell teilgenommen. In seiner Gegenwart wurde beschlossen, ganz systematisch Führer der Bewegung heranzubilden. Die Azione Cattolica betätigt sich zunächst nur auf rein kulturellem Gebiet. Die Faschisten sind jedoch nervös und infolgedessen misstrauisch geworden. Sie fürchten, dass hinter dieser kulturellen Arbeit der katholischen Bewegung politische Zwecke und vor allem die Vorarbeit für den Aufbau katholischer Gewerkschaften verborgen werden. Die Faschisten haben Angst und daher werden die katholischen Verbände und die dem Vatikan nahestehenden Kreise jetzt bereits vom dem Hauptblatt der faschistischen Gewerkschaften förmlich angeklagt, dass sie eine neue katholische Gewerkschaftsbewegung ins Leben rufen wollten. Als Führer dieser Bewegung werden von den Faschisten in erster Linie Abgeordnete der aufgelösten Katholischen Volkspartei "Popolari" genannt.

Richtig ist, dass die Popolari - einst neben den Sozialisten in Italien die machtvollste Partei - ihre Hauptstütze in den Gewerkschaften, den katholischen natürlich, gehabt haben. Die Popolari verstehen also schon etwas von Gewerkschaftsorganisation, und - was für die Faschisten mindestens ebenso schlimm ist - Mussolinis Gewerkschaftsexperiment ist pleite. Das wird heute sogar in der Unternehmerpresse - natürlich nicht in der italienischen - offen zugegeben. Der faschistische Wirtschaftsfrieden ist als grosser Humbug entlarvt. Das korporative Experiment ist gescheitert. Von der Bildung der Arbeitsgemeinschaft, worin Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch vertreten sein sollen, wollte das italienische Unternehmertum nichts wissen. Infolgedessen musste die Bildung der Korporationen immer wieder verschoben werden, bis nunmehr vor kurzem dem ganzen faulen Zauber dadurch ein Ende gemacht wurde, dass einfach den sieben Sektionen des nationalen Rates die Funktionen und Machtbefugnisse der ordentlichen Korporation übertragen wurde. Dieser nationale Rat beruht jedoch nicht auf freien Wahlen der Wirtschaftskreise. Er besteht lediglich aus ausgesprochenen Faschisten, die von der Regierung bestätigt wurden. Der nationale Rat der Korporationen ist also nichts anderes als eine von faschistischen Beamten geführte Einrichtung. An seiner Spitze steht Mussolini selbst, der mit diesem nationalen Rat machen kann, was er will. Das Gerede von einer endgültigen Überwindung des Klassenkampfes mit Hilfe des korporativen Experiments hat sich als Schwindel entpuppt. Mit Faschismus kann der Klassenkampf bestimmt

nicht überwunden werden. In Italien weiss man hierüber, wenn auch die Zeitungen, davon nicht sprechen, im Volk zur genüge Bescheid. Warum sollte unter diesen Umständen nicht allmählich der Boden für die Gründung wirklicher Gewerkschaften, wenn auch zunächst nur katholischer, bebaubar sein?

Wenn der Vatikan, wie die Faschisten befürchten, den Aufbau katholischer Gewerkschaften begünstigen will, dann wird ihn kein Protest der faschistischen Presse davon abhalten können. Allem Anschein nach handelt es sich hier um eine Bewegung mit weitgesteckten Zielen, um Arbeit auf weite Sicht. Jedenfalls ver-rät jedoch die Ausbildung einer Führerschaft, die - nach dem Angstschrei der Faschistenpresse - "morgen" die führenden Kreise des Faschismus ersetzen kann und soll, dass die Wissenden in Rom dem Faschismus keine allzu lange Lebensdauer zurechnen. Der Faschismus steht nur auf zwei Augen, und das ist eine wenig sichere Grundlage. Bereit sein, ist daher alles. Die klugen Jungfrauen füllen rechtzeitig Oel in die Lampen.

SPD. Ein besonders erfreuliches Resultat ist von den Betriebsrätewahlen im Kölner Wirtschaftsbezirk zu melden. Trotz der wütesten Agitation, die sich bis zur Misshandlung der freigewerkschaftlichen Flugblattverteiler steigerte, hat in der Motorenfabrik Köln-Deutz die RGO eine empfindliche Niederlage er-litten. Hier erhielten die freien Gewerkschaften bei einer Wahlbeteiligung von 96% und bei um 700 Arbeiter verringerter Belegschaft 850 Stimmen (im Vorjahre 939), die christlichen Gewerkschaften 403 (497), die RGO 366 (614) Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten im Betriebsrat 6 (5), die christlichen Gewerkschaften 3 (3), die RGO 2 (3) Sitze.

In der Braunkohlenindustrie hat die RGO auf der Roddergrube A.G. Brühl, auf der Grube Sybilla und auf der Grube Fortuna überhaupt keine Listen aufgestellt. Auf diesen drei Gruben erhielten die freien Gewerkschaften zusammen 615 Stim-men und die Christen 407 Stimmen. Auf dem Gruhlwerk bei Brühl bekamen die frei-en Gewerkschaften 352, die RGO 323, die Christen 162, die Nazis 100 Stimmen. Im Betriebsrat erhalten die freien Gewerkschaften 4, die RGO 3, die Christen und die Nazis je 1 Sitz. -

Im Mannheimer Ortsgruppengebiet des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter liegen bis jetzt aus 18 Betrieben die Ergebnisse der Betriebs-rätewahlen vor. In diesen Betrieben werden 2065 Arbeiter, bzw. Arbeiterinnen beschäftigt. Zu wählen waren insgesamt 89 Arbeiterratsmitglieder. Von den Ge-wählten gehören 83 der freigewerkschaftlichen Richtung, 3 der christlichen Ge-werkschaftsgruppe und 3 der kommunistischen RGO an. Für die RGO dürfte der Wahl-ausgang katastrophal werden. Sie hat durch sogenannte Betriebszeitungen eine geradezu widerliche Hetze gegen die freien Gewerkschaften inszeniert und dabei an die niedrigsten Instinkte appelliert. Die Arbeiterschaft hat jedoch darauf ganz anders reagiert, als die kommunistischen Hetzorganisatoren erwarten. So hatte die RGO in der Teigwarenfabrik W. Hensel-Weinheim im Vorjahre von 8 Ar-beiterratssitzen 5 besetzt; in diesem Jahr wurden 6 Freigewerkschafter und 2 RGO-Leute gewählt. -

Im Betrieb der Zigarettenfabrik Jasmatzi in Dresden hatten die Kommuni-sten bei der vorigen Betriebsratswahl weitaus das Uebergewicht. Der Betriebs-rat bestand aus 6 Kommunisten, 2 Vertretern der freien Gewerkschaften und 2 Angestellten. In diesem Jahr wollten die Kommunisten die Firma zur Hochburg der RGO ausbauen. Sie erhielten jedoch nur noch 4 Betriebsratsmitglieder, wäh-rend die freien Gewerkschaften ebenfalls 4 Arbeitervertreter und 2 Angestell-tenvertreter im Betriebsrat haben. Im Vergleich zum Vorjahr ist diese Entwick-lung als ein bedeutsamer Misserfolg der Kommunisten zu betrachten.

Bei der Betriebsratswahl der Firma Mitteldeutsche Stahlwerke A.G. Werk Riesa übten von 1993 Wahlberechtigten 1732, d.h. 87% ihr Wahlrecht aus. Die Li-ste des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhielt 1641 Stimmen, d.h. 94,7%, die

Liste der RGO ganze 73 Stimmen oder 4,2%.-

Bei den Wahlen zum Betriebsrat in der Engelhardtbrauerei Halle erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 88 Stimmen und 6 Mandate. Die RGO erhielt 55 Stimmen und nur 2 Mandate. Der Betriebsrat war seit Jahren nur von Mitgliedern der KPD besetzt.-

Diese Stichproben aus verschiedenen Berufen und verschiedenen Teilen des Reiches bestätigen aufs neue, dass die Bäume der Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen bestimmt nicht in den Himmel wachsen. Der Versuch der Nationalsozialisten, in den Betrieben Terrain zu erobern, ist so gut wie gescheitert.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen über die Lohnabbauforderung des Reichswehrministeriums für die Belegschaften der Marinebetriebe (Marinewerft Wilhelmshaven und Arsenal Kiel) blieben ergebnislos. Eine Einigung über den geforderten Lohnabbau von 10% kam nicht zustande, da die Arbeitervertreter sich dem entschieden widersetzten und Arbeitszeitverkürzung beantragten.

Die augenblicklich geltenden Löhne bleiben in voller Höhe im April noch bestehen. Neue Schlichtungsverhandlungen dürften Ende April stattfinden.

SPD. Die Bauarbeitgeber sind mit der Lohnabbau-Entscheidung der zentralen Schiedsstelle wenig zufrieden. In Sachsen sind sie sogar bereits zu Kampfmassnahmen übergegangen. Sie haben angedroht, die Bauarbeiter von ganz Sachsen zu entlassen, wenn diese nicht am 1. April zu schlechteren Lohnbedingungen, als sie der Schiedsspruch vorsieht, weiterarbeiten.

Die Unternehmer wollen es also mit Aussperrungen versuchen. Ob sie damit Glück haben, ist mehr als zweifelhaft. Wenn zwischen ihren Lohnabbauforderungen und dem Schiedsspruch im allgemeinen eine sehr grosse Kluft besteht, so liegt das wahrlich nicht an der Entscheidung der zentralen Schiedsstelle, sondern nur daran, dass die Bauarbeitgeber infolge der Lohnabbaupsychose jedes Augenmass verloren hatten. Wenn sie auf ihre Zentralinstanzen, die von dem Treiben der Heissporne draussen im Land sicherlich wenig entzückt sind, nicht hören, dann haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn es an manchen Stellen zu sehr harten Lohnkämpfen kommt.

SPD. Zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Gewerkschaften wurde in der Frage der Arbeitsstreckung eine Vereinbarung getroffen. Danach werden in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni für die Werkstätten bis zu 12 Feierschichten und für die Reparaturbetriebe der Bahnbetriebswerke und Bahnbetriebswagenwerke sowie für die grösseren Güterböden bis zu 3 Feierschichten im Monat eingelegt. Durch diese Regelung ist 15 000 Eisenbahnern das Arbeitsverhältnis erhalten worden. - Ob die Eisenbahner diese Belastung auf so lange Zeit tragen können, muss abgewartet werden.

SPD. Der Schiedsspruch für den Aachener Steinkohlenbergbau vom 25. März, der eine Kürzung der Tariflöhne um 6% vorsieht, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

SPD. Das Landesarbeitsgericht Dresden hat am Dienstag die Feierschichtenklage der Eisenbahner gegen die Reichsbahndirektion Dresden als unbegründet abgelehnt.

SPD. Die Lohnabbauverhandlungen für die Reichsarbeiter, die am Dienstag Reichsfinanzministerium fortgesetzt wurden, verliefen wieder ergebnislos. Die Regierung blieb bei ihrer Forderung nach einem Lohnabbau um 10%, ja sie liess bereits ankündigen, dass nach Ostern über eine Herabsetzung der Arbeitszeit verhandelt werden müsse, obgleich ihr bisher gemachter Vorschlag für einen Teil der Arbeiter bereits eine Lohnkürzung von 11 bis 20% bedeuten würde.

Die Organisationsvertreter erklärten, dass sie nicht in der Lage seien, auf diese Forderungen irgend ein Gegenangebot zu machen und beantragten eine Rücksprache mit dem Finanzminister oder mit dem Reichskanzler. Von Seiten der Regierung wurde daraufhin mitgeteilt, man werde sich nunmehr vorbehalten, den Streitfall einem Schiedsgericht zu übergeben.

Die Haltung der Regierungsvertreter liess nicht darauf schliessen, dass auf der Gegenseite auch nur die geringste Bereitwilligkeit zu irgendwelchem Entgegenkommen besteht.

SPD. Bei den Wahlen zum Angestelltenrat der Continental-Gummiwerke Hannover erzielten die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Es erhielten: der Afa-Bund 1259 Stimmen, 8 Sitze, (im Vorjahre 1065, bzw. 8), GdA 350 Stimmen, 2 Sitze (390 Stimmen, 2 Sitze), die Nationalsozialisten 313 Stimmen, 2 Sitze (-) und der DHV 376 Stimmen, 2 Sitze (401 Stimmen, 3 Sitze).

SPD. Der Arbeitgeberverband Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie hat am Dienstag die angesagte Kündigung des Bahmentarifs für die nordwestliche Gruppe ausgesprochen.

SPD. Die Firma Krupp hat wegen Absatzmangels in ihren Essener weiterverarbeitenden Betrieben 1200 Arbeitern und 40 Angestellten gekündigt.

SPD. Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau sind mit Ausnahme der Zeche de Wendel in Hamm beendet. Auf 184 Zechenanlagen hatten sie folgendes Ergebnis: freie Gewerkschaften 80 041, Christen 53 860, Hirsch-Duncker 1 687, Polen 163, RGO 60 909, Syndikalisten 1 931, Gelbe 10 520 und Nazis 7 728 Stimmen.

SPD. Bei den jetzt abgeschlossenen Betriebsrätewahlen im rheinischen Braunkohlenrevier erhielten insgesamt die Freien Gewerkschaften 4 887 Stimmen (im Vorjahre 6058) 97 Betriebsratssitze und 100 Arbeiterratssitze, die RGO 1216 Stimmen (786), 15 Betriebsratssitze und 21 Arbeiterratssitze, die Christen 3506 Stimmen (4102), 69 Betriebsratssitze und 84 Arbeiterratssitze, Nationalsozialisten, Stahlhelmer und Unorganisierte insgesamt 163 Stimmen (245), 4 Betriebsratssitze und 5 Arbeiterratssitze. - Die Belegschaft im rheinischen Braunkohlenbergbau hat sich seit 1. Januar 1930 um 1 800 verringert.

SPD. Die Eisensteingrube Stahlberg im Siegerland hat am Dienstag ihren Betrieb für immer eingestellt. Damit findet die ins Altertum zurückreichende Geschichte des Siegerländischen Bergbaus ihren Abschluss. Der Stahlberg gehört den Vereinigten Stahlwerken. Zuletzt waren noch etwa 200 Bergleute beschäftigt.